Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926.) (Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr 4069a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 285. Freitag den 6. Dezember 1901. 8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

„Das machen wir hier so.“

Von den oberschlesischen Zuständen giebt der am Sonnabend vor dem Schwurgericht Beuthen verhandelte Meineidsprozeß gegen den polnisch-sozialistischen Agitator Georg Haase ein Bild, das werth ist, in scharfe Beleuchtung gesetzt zu werden.

Wegen einer Uebertretung des Preßgesetzes — auf einem Plakat sonst straffreien Inhalts fehlte die Angabe des Verlegers oder Druckers — war eine hochnothpeinliche Untersuchung „wider Unbekannt“ eingeleitet worden. Zunächst war Arbeitersekretär Dr. Winter in Beuthen im Verdacht und wurde deshalb — wie es ausdrücklich in den Akten hieß — als Zeuge wider Unbekannt eidlich vernommen. Durch Winters Aussage ergab sich, daß das Flugblatt nicht von deutscher sozialdemokratischer Seite herrührte, und nun richtete sich der Verdacht gegen Haase. Dieser wurde am 3. Juni vom Amtsrichter Herzmann in Königshütte vernommen, aber ebenfalls nicht als Beschuldigter, sondern als Zeuge. Auf die Fragen, ob Haase wisse, wer das Flugblatt verfaßt bezw. verlegt habe, wo dasselbe gedruckt wurde und wer dasselbe verbreitet habe, antwortete Haase mit Nein, ebenso verneinte er die weitere Frage, ob er in irgend welchen Beziehungen zu dem Flugblatt stehe. Diese Erklärung erhärtete Haase dann mit seinem Eid. Als er dann im Kassenzimmer seine Zeugengebühr empfangen hatte, kehrte er in das Zimmer des Amtsrichters zurück, erklärte seine Aussagen widerrufen und überhaupt nichts aussagen zu wollen. Der Richter bestellte ihn auf den Nachmittag wieder, und bei dieser zweiten Vernehmung blieb Haase bei seinem Widerruf und verweigerte die Beantwortung der Fragen mit der Erklärung, daß er sich bei wahrheitsgemäßer Beantwortung der Fragen der Gefahr einer Strafverfolgung aussetze. Am 22. Juni wurde Haase wegen Verdachts des Meineides in Haft genommen. Am Tage nach der Verhaftung weigerte Haase sich nach der Anklage wiederum, vor dem ihn vernehmenden Richter die gestellten Fragen zu beantworten, bei späteren Vernehmungen aber erklärte er, daß er den Widerruf seiner beschworenen Aussage wieder zurücknehme, da er thatsächlich die Wahrheit ausgesagt habe. Er sei nach furchtbaren körperlichen und geistigen Anstrengungen wie in Folge von Familiensorgen in einem derartigen Zustand der Abspannung und Geistesverwirrtheit gewesen, daß er gar nicht gewußt habe, ob er Zeuge oder Beschuldigter war, und den Eid ganz mechanisch nachgesprochen habe. Erst nachher sei ihm eingefallen, daß er mit irgend welchen Leuten über das Ankleben jenes Flugblattes gesprochen habe. In seiner Angst und Kopflosigkeit sei er dann ohne Ueberlegung zu jenem Widerspruch gekommen, obwohl er die reine Wahrheit beschworen hatte.

Der Strafprozeßordnung gemäß hätte Haase gar nicht eidlich vernommen werden dürfen, denn nach § 56 dieses Gesetzes sind unvereidigt zu vernehmen: „Personen, welche hinsichtlich der den Gegenstand der Untersuchung bildenden That als Theilnehmer, Begünstiger oder Hehler verdächtig oder bereits verurtheilt sind.“

Doch in Oberschlesien gilt vermuthlich die für das übrige Reich in Kraft befindliche Strafprozeßordnung nicht. Dort vernimmt man auch den Verdächtigen eidlich und hat dann Gelegenheit, ihm einen Meineidsprozeß anzuhängen. Aber: „Das machen wir hier so!“ erklärt der Untersuchungsrichter dem Vertheidiger, der dieses Verfahren rügt.

Nimmt man dazu die Behandlung des Angeschuldigten in der Untersuchungshaft, der mit zwei alten Verbrechern zusammengesperrt wird, der erklärt, daß er beschimpt worden, daß ihm der Aufseher mit dem Finger in den Mund gefahren; nimmt man dazu das Auftreten des Gerichtsvorsitzenden gegen „die Golde“, die „Person“, die in der Verhandlung als Zuhörerin anwesend war, so hat man ein Kulturbild von unvergleichlich plastischer Wirkung.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Arndt-Beuthen, erklärte, einer der beisitzenden Richter theile ihm soeben mit, eine im Zuhörerraum befindliche Frauensperson mit schwarzem Hut lache fortwährend. Die Beschuldigte mußte vortreten und die Personalien angeben. Sie war die gegenwärtige Redakteurin der „Gazeta Robotnicza“, Fräulein Dr. Golde. „So, Sie sind die Golde,“ bemerkte der Vorsitzende. Fräulein Golde bestritt, gelacht zu haben, bat aber, wenn sie sich unbewußt gegen die Ordnung des Gerichts vergangen habe, um Verzeihung. Der Staatsanwalt beantragte wegen Ungebühr vor Gericht eine sofort zu vollstreckende eintägige Haft, der Gerichtshof erkannte auf sofortige Entfernung aus dem Saale, und Fräulein Dr. Golde, die vom Vorsitzenden mehrfach als „die Golde“ und „die Person“ bezeichnet wurde, mußte sich sofort entfernen. Als sie zunächst zum Platze zurückkehrte, um ihr Jacket zu holen, rief der Vorsitzende: „Nicht dorthin, raus, raus!“ Daß Fräulein Golde wirklich gelacht hat, ist von keinem der mit ihr an einem Tische sitzenden Vertreter der Presse bemerkt worden.

Haase wurde, wie schon kurz gemeldet, schließlich auf Grund des Wahrspruchs der Geschworenen freigesprochen. „Die Kosten trägt die Staatskasse.“ Die Staatskasse kann es ja! Wegen einer Uebertretung, einer alltäglichen Lappalie, die allenfalls mit einigen Mark Geldstrafe geahndet worden wäre, giebt es ein großangelegtes Verfahren „gegen Unbekannt“ mit eidlichen Vernehmungen und Meineidsprozeß. „Das machen wir hier so!“

Deutscher Reichstag.

(Originalbericht des „Lüb. Volksbote.“)

Berlin, den 4. Dezember 1901.

Der dritte Tag des Kampfes um den Zolltarif stand an Bedeutung wesentlich hinter seinen beiden Vorgängern zurück. Er brachte nur eine sachlich bedeutsame Rede, die Jungfernrede des jüngst in den Reichstag gewählten freisinnigen Vereinigungsmannes Gothein, des zweiten Vorsitzenden des Handelsvertragsvereins. Der hochblonde, kleine bewegliche Mann erwies sich als gefährlicher Gegner für das Zustandekommen der chinesischen Zollmauer. Unermüdlich ging er den Argumenten der Agrarier zu Leibe. In jedem seiner Worte verrieth sich eine gründliche Kenntniß der ungeheuren Litteratur, die der Zolltarif nun schon seit Jahren hervorgerufen hat. Länger als zwei Stunden sprach er, ohne sich von den Junkern verblüffen zu lassen, die durch zahlreiche Zwischenrufe ihn aus dem Texte zu bringen oder wenigstens zur Kürze zu zwingen suchten. Freilich fehlen in seiner Rede die allgemeinpolitischen Gesichtspunkte, wie sie Molkenbuhr und Richter vorgetragen haben, sie beschränkte sich nur auf das Thema im weitesten Sinne des Wortes. Herr Gothein wird die Thätigkeit, die er in der öffentlichen Sitzung entfaltet hat, in den Kommissionsverhandlungen fortsetzen und in seiner Person mit dafür sorgen, daß etwaigen Ueberstürzungsversuchungen der Agrarier vorgebeugt wird. Vor Herrn Gothein sprach der heilige Paasche für die Nationalliberalen, nach Herrn Gothein Herr Gamp für die Reichspartei. Man kennt den Wortschwall, der sich aus dem Munde des nationalliberalen Professors ergießt. Herr Paasche spricht wirklich doppelt so schnell, wie die meisten seiner Reichstagskollegen, dafür bieten seine Reden kaum halb soviel Inhalt, wie die Ausführungen der anderen Parteiführer. Anderthalb Stunden sprach Herr Paasche, man kann sich nach dem Vorausgesagten ausmalen, wie groß die Flucht aus dem Saale war, wie die Zahl derjenigen, die das Opfer des Anhörens brachten, immer geringer und geringer wurde. Herrn Paasches Rede war natürlich im Wesentlichen agrarisch. Die Nationalliberalen sind zwar keine Handelsvertragsfeinde, sie bewilligen aber der Landwirthschaft mit Freuden höhere Getreidezölle. Ueber den Doppeltarif, den der Zentralverband der Industriellen so sehr bekämpft, sprach sich der nationalliberale Redner nicht deutlich aus, der größte Theil der Partei scheint ihm zustimmen zu wollen. Herr Gamp begann mit Dankesworten an den Grafen Bülow, der der Landwirthschaft einigermaßen entgegenkommen sei, präzisirte dann aber die bekannten agrarischen Forderungen, die über die Höhe des Wuchertarifes noch weit hinausgehen. Er sang dem Bauernstand das jetzt so beliebt gewordene Loblied und schloß mit Emphase: Wer den Bauernstand vernichten will, untergräbt Thron und Altar. Die Vierzahl der Redner wurde auch heute innegehalten. Zum Schluß sprach noch der Pole Komierowski; auch er hielt eine im wesentlichen agrarisch gefärbte Rede. Nachdem heute bis auf die Antisemiten und die Elsässer alle Parteien des Reichstags einmal zu Worte gekommen sind, wird morgen der Aufmarsch der zweiten Phalanx beginnen. Von unsern Genossen dürfte schon morgen Bebel zu Wort kommen.

104. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf von Posadowsky, Freiherr v. Thielmann, Freiherr von Rheinbaben, Möller, bayr. Finanzminister v. Riedel.

Die erste Lesung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt.

Dr. Paasche (NL.): Es ist mir aufgefallen, daß die Herren, die sich mit Vorliebe als „Handelsvertragsfreunde“ bezeichnen, Alle, die nicht auf ihrem Standpunkt stehen, für Handelsvertragsfeinde erklären. Demgegenüber erkläre ich im Namen meiner politischen Freunde, daß wir gar nicht daran denken, Handelsvertragsfeinde zu sein. Auch wir wollen Handelsverträge und glauben, daß es auf Grund dieses Gesetzes gelingen wird, solche zu schließen. Es lag aber auf der Hand, daß man auf der Basis der alten Zollsätze heute keine neuen Verträge abschließen konnte. Muß denn jede Erhöhung gleich als ein Ruin des deutschen Wirthschaftslebens bezeichnet werden? Wir müssen uns, sowie es schon Amerika gethan hat, einen solchen Tarif schaffen, daß wir von diesen Sätzen eventuell etwas abhandeln können. Der neue Tarif bedeutet kein Hochschutzzollsystem, sondern ist sehr wohl im Stande, als Grundlage für das, was wir alle wollen, für eine gesunde Handelsvertragspolitik zu dienen. Gerade die Amerikaner betreiben die „chinesische Absperrungspolitik“ und die Entwicklung der amerikanischen Industrie ist geradezu beispiellos. „Dort will man womöglich den ganzen Bedarf im Inlande produzieren. Ich habe die Ueberzeugung, daß uns gerade von Amerika die große Gefahr droht. — Unter großer Unruhe verbreitet sich Redner über amerikanische Produktion, besonders Stahl- und Baumwollproduktion. Präsident Roosevelt sagt, man will ja nur Reciprocitätsverträge abschließen, er will eine liberalere Politik einschlagen zur Gewinnung der fremden Märkte. Diese Reciprocitätsverträge haben für uns Deutsche gar keinen Werth. Zeigen Sie Amerika, daß Sie das heimische Erwerbsleben ernstlich schützen wollen, dann wird es vielleicht zu Handelsverträgen mit Amerika kommen. Ich komme jetzt zu den Zöllen der Landwirthschaft. Deren Nothlage wurde früher von der Linken anerkannt, sie wollte ihr mit „kleinen Mitteln“ helfen. Heute wirft man den Agrariern Begehrlichkeit vor. Die Getreidepreise sind gedrückt worden durch die wachsende Konkurrenz des Auslandes, namentlich Amerikas, wo die Landwirthschaft intensiver und mit Maschinen betrieben wird, die bei uns gar nicht verwendbar wären. Die Thatsache, daß die Produktion gestiegen ist, beweist nichts für das Steigen der Grundrente. Die Hauptsache ist, daß die Reinerträge steigen. Professor Conrad hat aber nachgewiesen, daß die Produktionskosten ganz bedeutend gestiegen sind. Auch die Löhne sind gestiegen. Ueber diese Thatsache beklagen sich die Landwirthe nicht, sondern über den Zusammenhang zwischen steigenden Löhnen und sinkenden Renten. Der verstorbene Herr v. Siemens hat behauptet, daß die Getreidezölle dem Landwirth einen Rentenzuwachs von 52 Mk. per Hektar einbringen. Herr v. Siemens hat aber nicht gefragt, ob die Zölle den Landwirthen überhaupt in höheren Getreidepreisen zu Gute kommen, denn thatsächlich sind die Preise gesunken. (Sehr richtig! rechts.) Die Behauptung, daß die Zölle nur den Großgrundbesitzern zu Gute kämen, ist falsch, auch die Hypothekengläubiger kommen z. B. in Betracht. (Zuruf b. d. Soziald.: Haute finance!) Nein, nicht nur die Haute finance, sondern auch die ländlichen Arbeiter und Tagelöhner, die ihre paar hundert Mark Ersparnisse in der Landwirthschaft angelegt haben. Seit dem Bestehen der Schutzzollpolitik haben wir sinkende Brodpreise, das Brod ist billiger geworden trotz der Zölle, die Löhne sind gestiegen. Von einer Vertheuerung der Lebensmittel kann man also nicht sprechen. Die Festlegung der unteren Grenze für Getreidezölle will der größte Theil meiner Freunde zugeben, die Forderungen des Grafen Schwerin gehen meinen Freunden aber zu weit. Wir wollen keinen Hochschutzzoll, aber wir wollen eine gesunde Heimathpolitik, eine vernünftige Handelsvertragspolitik, die unsere Stellung auf dem Weltmarkt befestigt. (Lebhafter Beifall! b. d. Nationallib.)

Gothein (FVg.): Abg. Paasche hat den Handelsvertragsverein angegriffen, weil er wußte, daß ich als 2. Vorsitzender dieses Vereins nach ihm sprechen würde. Ich spreche aber hier nicht für den Handelsvertragsverein, der übrigens über keine Millionen verfügt, sondern für meine Partei. Wenn Graf Posadowsky die Zollfrage als eine wirthschaftliche Frage bezeichnet, so sollte er auch die Behörden rektifiziren, die eine Erörterung des Zolltarifs als „politisch“ verboten haben. Die jetzige riesenhafte Anordnung des Zolltarifs in 900 Positionen ist nicht besser als die frühere. Im praktischen Leben ist es oft ungemein schwierig, zwischen Rohstoffen und Waaren in den Zollpositionen zu unterscheiden. Diese Mängel aber sind von untergeordneter Bedeutung, gegenüber der ganzen Tendenz des neuen Zolltarifs. Man hat den Ausschuß ganz tendenziös zusammengesetzt aus Hochschutzzöllnern. Den deutschen Handelstag hat man ganz ausgeschlossen, den Zentralverband deutscher Industrieller, diese private Vertretung der hochschutzzöllnerischen Industriellen, hat man als Vertreter der gesammten deutschen Industrie behandelt. (Hört! Hört!) Ein Mitglied des wirthschaftlichen Ausschusses schilderte seine Eindrücke dahin, daß er geglaubt habe, sich in einer Animirkneipe für höhere Zölle zu befinden. (Große Heiterkeit.) Einem anderen Mitglied hat man erklärt, wenn wir die Zollerhöhungen nicht bekämen, würden wir auch den Zollschutz verlieren, den wir jetzt haben. Man hat die gesetzlichen Vertretungen für Handel und Industrie vollständig übergangen. (Sehr richtig! links.) Man hat die kleinen Gewerbetreibende nicht um ihre Meinung befragt, sondern nur die Wünsche der Großindustrie in allen Fällen eifrig registrirt. Nicht der Registrator aller speziellen Zollwünsche aber kann der große Staatsmann sein, welcher eine große Zollpolitik unternehmen will. (Sehr richtig! links.) Ich bezweifle, ob Fürst Bismarck ähnlich gehandelt hätte. Wenn man dagegen eine große Zollpolitik mit kleinem Diplomatisiren und Vermittelungsgeschäftchen unternimmt, kommt eben ein solches Monstrum heraus wie der vorliegende Tarif. Weshalb hat der wirthschaftliche Ausschuß hinter verschlossenen Thüren getagt? Weshalb sind die Arbeiter, Hygieniker und Aerzte nicht gehört? Das einzig zollfreie im ganzen Tarif ist der Esel. Wozu wird denn aber überhaupt der Esel in Deutschland gebraucht? Doch hauptsächlich zu Vergleichen. (Stürmische Heiterkeit). Esel sind in Deutschland aber sehr selten. Ich möchte Sie fragen, ob Sie schon jemals einen todten Esel gesehen haben? (Erneute Heiterkeit). Um nun vom besagten Esel herunterzukommen (Heiterkeit), so hat der Staatssekretär den nichtschutzzöllnerischen Charakter des Tarifs damit zu beweisen versucht, daß nur 94 Proz. der Werthe der Einfuhr auf Zölle kommen. Das liegt aber daran, daß wir größtentheils Rohstoffe einführen und dieselben sind nicht mit einem Zoll belegt. Ich glaube allerdings, Herr Gamp hat auch das neulich verlangt. (Zuruf des Abg. Bebel: Auch die Denkschrift des Bundes der Landwirthe). Für den hochschutzzöllnerischen Charakter eines Tarifs ist aber nicht allein die absolute Höhe der Sätze maßgebend, auch die Höhe der Technik muß berücksichtigt werden. (Der Reichskanzler betritt den Saal.) Die Industrie verlangt überhaupt keine Zölle, bis auf die Eisenindustrie, die auch nur einen Tarif mit höheren Sätzen, gewissermaßen als Kampftarif, aufgestellt haben will. Ein Staat wie Deutschland muß anderen Staaten ein gutes Beispiel geben und dürfte andere Staaten veranlassen, daß sie noch weiter wie wir gehen und daß die Verhandlungen wesentlich erschwert werden. Durch die Schutzpolitik wird nur die Kartellpolitik gefördert, wie wir es auch im Kartellgesetz gesehen haben. Es ist gesagt worden, wir müßten uns der Konkurrenz der amerikanischen Trusts schützen. Infolge Trustbildung wird aber keineswegs billiger produzirt. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß die amerikanischen Trusts

folge ihrer ganz unsoliden Grundlage zusammenbrechen müssen. Mit der Frage der Handelsverträge hat man sich wie ich gehört habe, im preußischen Staatsministerium überhaupt nicht beschäftigt. Was will denn die Regierung machen, wenn sie bei den Minimalsätzen zu keinen Verträgen kommt? Will sie dann den Tarif wieder aufheben? Man darf mit dem Gedanken eines Zollkrieges nicht leichtfertig kokettiren! Das ist nicht patriotisch, sondern chauvinistisch. Will denn die Regierung eigentlich Zollkriege, oder weiß sie selbst nicht, was sie will? Die Unsicherheit der Begründung läßt darauf schließen. Nur ein rother Faden zieht sich durch die Gedankengänge der Regierung: Der Landwirthschaft muß durch höhere Zölle geholfen werden. Unserer Agitation wird es hoffentlich gelingen, auch die kleinen Landwirthe über ihre wahren Interessen etwas aufzuklären. (Lachen rechts.) Professor Brentano hat in München hypothetisch erklärt, falls das Allgemeininteresse die Opferung des Bauernstandes erfordere, so müsse dies Opfer gebracht werden. (Zuruf rechts: Pfui Teufel!) Heute scheint der Verkehr mit den Agrariern auf manche Bauern schon etwas abgefärbt zu haben, und selbst in Pommern vernimmt man schon den Jargon des Zirkus Busch. (Lachen rechts.) Der Abgeordnete Graf Posadowsky (Stürmisches Gelächter rechts) — Staatssekretär Graf Posadowsky hat gestern Berechnungen aufgestellt über den Prozentsatz der landwirthschaftlichen Bevölkerung. Nach Conrads Jahrbüchern haben selbst zahlreiche Besitzer von mehr als 100 Hektar erklärt, sie hätten kein Interesse an höheren Getreidezöllen. Man kann dem Grafen Schwerin nur zurufen: „O si taceuisses." (Wenn Du doch geschwiegen hättest.) (Lachen rechts.) Bei einer Vertheuerung der Brodpreise wird die Volksernährung zurückgehen und die Sterblichkeitsziffer steigen. Während der Zeit der höchsten Getreidepreise, Mitte der 60er bis Mitte der 70er Jahre, war ein Rückgang der Bevölkerung eingetreten. Herr Spahn meinte, unter den 6000 Millionären gäbe es keine Landwirthe. Sind denn aber das keine Millionäre, denen der Getreidezoll 300 000 Mark Mehreinnahmen bringen würde? Auch hier im Hause sehe ich verschiedene Landwirthe, die Millionäre sind. (Heiterkeit.) Herr Spahn braucht sich nur in seiner Fraktion etwas näher umzusehen. — Unser Export steigt fortwährend, aber im Innern stehen wir mitten in einer Krisis. Der ganze Handel stockt, und was soll werden, wenn wir zu keinen günstigen Handelsverträgen kommen? Herr Spahn will den Ueberschuß zur Wittwen- und Waisenversorgung verwenden. Aber Sie wollen doch durch die höheren Zölle die Einfuhr unterbinden und die Wittwen und Waisen sitzen dann auf dem Trockenen. (Heiterk. rechts.) Dem Herrn Reichskanzler möchte ich zurufen:

„Mann mit zugeknöpften Taschen,
Dir thut niemand was zu Liebe;
Hand wird nur von Hand gewaschen,
Wenn Du nehmen willst, so gieb!"

Der Herr Reichskanzler rief uns gestern zu: „Kardinal, thun Sie das Ihrige." Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die Aufgabe des Kardinals, die Inquisition im Allgemeinen, für den Inculpaten keine angenehme war, er endete gewöhnlich auf dem Scheiterhaufen. Wenn dies Ereigniß hier eintreten sollte, so wird es nicht an uns, sondern an dem Inculpaten liegen. (Lebh. Beifall, links. Lachen rechts.)

Gamp (Rp.): Wir werden uns bemühen, dem Interesse der Handwerker, Bauern und Arbeiter bei dieser Vorlage Rechnung zu tragen. Auf die Politik des Freihandels können wir uns aber nicht einlassen. Wir wünschen eine leistungsfähige Industrie, damit der Arbeiter mehr landwirthschaftliche Produkte konsumiren kann, aber wir wollen der Noth der Landwirthschaft aufhelfen. Gerade im Interesse der ländlichen Arbeiter wollen wir die Rentabilität der Landwirthschaft erhöht sehen. Ich freue mich, daß Abgeordneter Richter den hohen technischen Stand der Landwirthschaft anerkannt hat. Er hat sich in dieser Beziehung gebessert. (Lachen links.) Allerdings sind die Zölle eine rohe Waffe, aber es giebt eben keine anderen Mittel, um der Landwirthschaft zu helfen. Vielleicht wäre es zweckmäßig, Werthzölle für die landwirthschaftlichen Produkte einzuführen, in der Weise, daß die Zölle bei hohen Getreidepreisen niedrig sind, bei niedrigen Preisen höher. Man verlangt eine Ermäßigung der Produktionskosten. Es ist aber natürlich, daß diese Kosten in Ländern mit hoher Kultur größer sind als in Ländern wie z. B. Argentinien. Die nationale Produktion muß für die hohen Lasten, mit denen sie von der sozialen Gesetzgebung belastet ist, durch die Schutzzölle entschädigt werden, das ist die moralische, ethische Rechtfertigung der Schutzzölle. Ich erkenne das Entgegenkommen der Regierung der Landwirthschaft gegenüber an und ich spreche dem Herrn Reichskanzler dafür meinen Dank aus. Vom Standpunkt der Conservativen aus würde ich eine Ermäßigung des Roggenzolls noch lieber befürworten als eine Ermäßigung des Gersten- und Haferzolls; die Werthzölle müssen angemessen erhöht werden. Ich zweifle nicht daran, daß wir auf Grund des neuen Tarifs zu Handelsverträgen kommen werden. Bei den bisherigen russischen und amerikanischen Handelsverträgen sind wir alle die Leidtragenden gewesen. Rußland und Amerika haben kein Opfer gebracht. Der Vorwurf des Abg. Gothein, die Schutzzollpolitik verschlechtere unsere sanitären Verhältnisse, ist nicht sehr vornehm. Die Landwirthschaft thut mehr für ihre Arbeiter, wie Herr Molkenbuhr glaubt. Die 70 000 Arbeitslosen in Berlin sind von der Industrie auf die Straße gesetzt worden, während die Landwirthschaft ihre Arbeiter, auch wenn sie sie nicht beschäftigen kann, während des ganzen Jahres bezahlt. (Lachen links.) Ein einziges großes industrielles Werk hat im letzten Jahr an seine Arbeiter 2 348 000 Mk. gezahlt, die Aktionäre erhielten 3 780 000 Mk. Die Löhne sind gegenüber dem Vorjahre um eine Million gestiegen. (Hört! Hört! rechts.) Herr Molkenbuhr hat gesagt, die Ursache der Noth der Landwirthschaft wäre nur die schlechte Bewirthschaftung des Bodens. Ich wünschte wirklich, Herr Molkenbuhr mit dem ganzen sozialdemokratischen Beirath bekäme ein landwirthschaftliches Grundstück zur Bewirthschaftung. Sollte er unter all den phänomenalen Geistern seiner Fraktion keinen Landwirth finden, so stelle ich ihm anheim, sich bei der Nachbarfraktion einen zu borgen. (Gr. Heiterkeit und Sehr gut! rechts.) Auch für manche deutsche Minister wäre ein solcher Versuch wohl angebracht. Ich möchte Herrn Molkenbuhr bitten, mit mir mal in die Hütten der Bauern zu kommen, für die es keine Begrenzung der Arbeitszeit, keinen Schutz der Gesetzgebung giebt. Wer dazu beiträgt, den Bauernstand zu vernichten, der ist auch ein Todtengräber für Thron und Altar. (Lebh. Beifall rechts.)

Dr. Komierowski (Pole): Wir werden zunächst für eine gründliche Kommissionsberathung stimmen, damit keine übereilten Beschlüsse gefaßt werden. Einen geregelten Schutz der Landwirthschaft erkennen wir durchaus an. Die „Kosinnenentusiasmerei für niedrigen Preisstand", die ja auch unser Kollege Schippel in seinem jüngst erschienenen Buche über die „Grundzüge der Handelspolitik" scharf verurtheilt, können auch wir nicht als maßgebend für die Behandlung der Zolltarifvorlage anerkennen. Von diesen Gesichtspunkten werden wir uns in der Kommission leiten lassen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberathung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 5¾ Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Wahl in Wiesbaden. Bei der am 30 November stattgehabten Reichstagsersatzwahl in dem Wahlkreis Wiesbaden wurden, nach nunmehriger amtlicher Feststellung, insgesammt 28 128 Stimmen abgegeben. Hiervon erhielten Dr. Quarck in Frankfurt a. M. (Soz.) **9500**, Dr. Crüger zu Charlottenburg (Freis. Volksp.) 6400, Eduard Dorfing zu Wiesbaden (nationallib.) 5452, Eduard Fuchs zu Köln (Zentrum) 5926 und Georg Hahmann zu Niederneisen (B. d. L.) 944 Stimmen. Zwischen Dr. Quarck und Dr. Crüger hat also eine engere Wahl stattzufinden.

Die Wahlprüfungs-Kommission des Reichstags erklärte am Dienstag Abend die Wahl des Abg. Dr. Hänel (FVg.) in Kiel einstimmig für gültig. Die Beweiserhebung hatte nicht ergeben, daß der Landrath Brütt die Ausweisung von nicht gehörig legitimirten Personen aus dem Wahllokal angeordnet hatte. Dagegen wurde, wie schon kurz gemeldet, die Wahl des Abg. Sieg (natl.) in Graudenz für ungültig erklärt. Die in dem Protest der Polen aufgestellte Behauptung, daß bei einem Wahlakt nicht die gesetzlich vorgeschriebenen drei, sondern nur zwei Mitglieder des Wahlvorstandes am Wahltisch anwesend waren, wurde für festgestellt erachtet. Ein Antrag, erst noch weitere Beweiserhebung zu veranstalten, wurde abgelehnt. Die Wahl des Abg. v. Gersdorff (k.) in Meseritz-Bomst wurde für gültig erklärt. Die Beschlußfassung über die Wahl des Abg. Graßmann (natl.) in Thorn wurde vertagt.

Die Fesselung unseres Genossen Bredenbeck beim Rücktransport von einer gerichtlichen Vernehmung hat der Oberbürgermeister von Dortmund am Montag in der Dortmunder Stadtverordneten-Versammlung zu rechtfertigen gesucht und zwar damit, daß der Zweck der Fesselung die möglichste Vermeidung eines Fluchtversuchs gewesen sei. Der Fluchtversuch und die Vornahme der Fesselung sei durch folgende Umstände begründet gewesen: 1. Bredenbeck war bereits zu längeren Freiheitsstrafen verurtheilt und hatte weitere noch zu erwarten. Er war aus diesen Gründen bereits in einem früheren Termine vom öffentlichen Ankläger (Staatsanwalt) für fluchtverdächtig erklärt und seine sofortige Inhaftnahme gefordert worden. Diesem Antrage ist freilich seitens des Gerichts nicht entsprochen worden. Die Gesammtstrafen Bredenbecks betragen annähernd zwei Jahre Gefängniß. 2. Bredenbeck ist weder im Besitz von Grundeigenthum noch sonstigem Vermögen und 3. die Flucht in das Ausland war auf einem verhältnißmäßig kurzen Wege möglich und eine Auslieferung von deutscher Seite nicht erzwingbar. Diese Verhältnisse waren dem transportirenden Beamten im Allgemeinen bekannt. Thatsächlich kam noch hinzu, daß sich bei der Abfahrt des Bredenbeck vom Bahnhofe Dortmund und auch schon auf der letzten Strecke des Weges dorthin eine Anzahl von Menschen (Genossen) eingefunden hatten, durch deren passive Mitwirkung die Ausführung der Flucht erleichtert gewesen wäre. — Aus dieser Erklärung spricht echt Puttkamerscher Geist. Wenn thatsächlich Fluchtverdacht vorlag — was wir übrigens ganz energisch bestreiten — warum erfolgte dann der Transport nicht mittelst Wagen? Weshalb zeigt man sich in Preußen bei der Verhaftung von großen Gaunern und Bankbetrügern stets so entgegenkommend? Vielleicht weil sie im Besitz von (ergaunertem) Grundeigenthum und durch Betrug Anderer erworbenem Vermögen sind? Eine schöne Theorie!

Der Hunnenprozeß des „Vorwärts". Das Urtheil, das Montag in dem Hunnenprozesse gegen den „Vorwärts" gefällt worden ist, hat auch in bürgerlichen Kreisen einen Eindruck gemacht, der sich aus triftigen Gründen schwer beim richtigen Namen nennen läßt. Weit über das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß hinaus hat die 7. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Genossen Robert Schmidt auf sechs, gegen den Genossen John auf sieben Monate Gefängniß erkannt, während das Verfahren gegen den Genossen Wilhelm Schröder vertagt wurde. Der Staatsanwalt hatte gegen Schmidt drei und gegen John vier Monate beantragt. Dabei hatte die Beweisaufnahme in dem Falle, den Schmidt verantworten mußte, wesentlich die Richtigkeit der von dem „Vorwärts" behaupteten Thatsachen ergeben: die Erschießung von 22 Boxern auf ein höchst summarisches Verfahren, auf die Anzeige eines chinesischen, zur katholischen Religion bekehrten Knaben hin. Der Angeklagte war in der Lage, sich auf die eidesstattliche Versicherung des englischen Korrespondenten zu beziehen, der diese deutsche Kulturthat mit angesehen und im „Daily Chronicle" geschildert hatte. Das einzige, was einige militärische Zeugen zu berichten hatten, war der Umstand, daß nicht ein chinesischer Knabe die Anzeige gemacht und die hingerichteten Boxer ausgesucht habe, sondern vielmehr zwei zur katholischen Religion bekehrte Chinesen, von denen der eine allerdings nur klein und bartlos gewesen sei, sodaß er wohl für einen Knaben gehalten werden könne. Auf diese Nebensächlichkeiten hin stellte der Generalmajor von Ketteler als Führer der Kolonne, die an den 29 angeblichen Boxern die Massenhinrichtung vorgenommen hatte, den Strafantrag wegen Beleidigung, und Genosse Schmidt soll diese Beleidigung mit sechs Monaten Gefängniß büßen? In dem Falle des Genossen John handelt es sich um den Abdruck einiger „Hunnenbriefe", durch die das ostasiatische Expeditionskorps beleidigt worden sein sollte. Die von dem Angeklagten beantragte Beweisaufnahme wurde vom Gerichtshofe abgelehnt, da es sich um formale Beleidigungen im Sinne des § 186 des Strafgesetzbuches handle, bei denen kein Beweisverfahren zulässig sei. Die Genossen Robert Schmidt und John sind von einem harten Loose betroffen worden, aber sie werden es wie Männer zu tragen wissen, die für eine gerechte und gute Sache zu leiden haben. Wenn die Regierung glaubt, durch diese Art gerichtlicher Aufklärung das chinesische Abenteuer in ein besseres Licht setzen zu können, so befindet sie sich in einem Irrthum, dessen Folgen sich ihr bald genug fühlbar machen werden. Urtheile, wie sie über beide Genossen gefällt worden sind, haben zum Glück noch immer die entgegengesetzte Wirkung gehabt, als die mit den Anklagen gehoffte, und so sehr wir die körperlichen Leiden beklagen, denen unsere verurtheilten Genossen bei der Art des preußischen Strafvollzuges ausgesetzt sein werden, so können wir sie doch nur dazu beglückwünschen, daß sie mit reinem Gewissen und stolz erhobenem Haupte den Gerichtssaal verlassen durften.

Einer Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland hat in der französischen Kammer am Dienstag der nationalistische Deputirte Massabuau das Wort geredet. U. a. sagte er: „Wenn ich vor die Nothwendigkeit gestellt werde, zum Heil des Vaterlandes mit den Feinden Frankreichs zu verhandeln, dann werde ich einer Annäherung an Deutschland den Vorzug geben." d'Estournelles (unterbrechend): „Ja, aber unter welchen Bedingungen?" Massabuau (fortfahrend): „Das werden wir im gegebenen Augenblick in Gegenwart des Ministers des Aeußern erörtern. Ich bin jedenfalls ein Anhängern eines modus vivendi." (Bewegung.) Sozialist Coutant (unterbrechend): „Sie sind Internationalist." Massabuau (fortfahrend) „eines modus vivendi, der uns, indem wir die Regelung anderer ernster Fragen abwarten, gestatten würde, uns zu verständigen, wie wir uns in China gegen den gemeinsamen Feind verständigt haben. Oeffnen Sie das Gelbbuch, so werden Sie das Protokoll sehen, an dessen Spitze Graf Waldersee steht, der im Namen des Deutschen Kaisers verhandelt. Wir haben unsern Namen und unsere Unterschrift daruntergesetzt, ohne zu glauben, daß wir uns durch vorübergehendes Einvernehmen mit dem Feinde von gestern entehren. Ich sehe nicht ein, warum wir nicht morgen wieder thun sollen, was wir gestern gethan, warum wir nicht unsere Interessen mit den anderen kontinentalen Interessen gegen den gemeinsamen, Jahrhunderte langen Feind vereinigen sollen. — Solange die dritte Republik in Frankreich besteht, ist es noch nicht dagewesen, daß von der Tribüne der Kammer herab, wo sonst so oft dem Revanchegedanken Ausdruck verliehen wurde, so offen von einem Bündniß mit Deutschland gesprochen wurde. Die Erklärung erregt deshalb lebhaftes Aufsehen. Die meisten Pariser Blätter begnügen sich allerdings damit, zu der Erklärung Massabuaus ironische und hämische Bemerkungen zu machen.

Herr Kardinal, thun Sie das Ihrige. Mit diesem Zitat aus dem „Don Carlos" hat in der Reichstagssitzung am Dienstag sich der Reichskanzler arg verhauen, denn wenn das Zitat an dieser Stelle überhaupt einen Sinn hat, konnte es nur als Aufforderung gelten, in der Kommission die Tarifvorlage vom Leben zum Tode zu bringen. Bekanntlich fordert im Schillerschen Drama König Philipp den Großinquisitor auf, seinen Sohn Carlos dem Kerker zu überliefern und aus der Reihe der Lebenden zu tilgen. Freunde des Reichskanzlers legen den Nachdruck darauf, daß derselbe bei dem Zitat eine Handbewegung zum Zentrum hin gemacht habe. Den Kardinal repräsentirt also in diesem Falle die klerikale Partei, die aufgefordert wurde, das Werk der Regierung zum Abschluß zu bringen.

Die preußenfeindlichen Demonstrationen in den polnischen Ländern haben noch immer nicht aufgehört. In Lemberg fanden auch Mittwoch Vormittag wieder Demonstrationen vor dem deutschen Konsulat statt. Mehrere Hundert Hochschüler veranlaßten einen Auflauf, wurden aber von der Polizei zurückgedrängt. Mehrere von ihnen wurden verhaftet, nach längerem Verhör aber wieder freigegeben. Auch in Warschau griff Mittwoch Mittag eine Anzahl Studenten das deutsche Konsulatsgebäude an. Das Konsulatsschild wurde heruntergerissen und zerstört. Das Erdgeschoß, wo die Amtsräume des Konsulats sich befinden, wurde mit Steinen beworfen, auch in die Privatwohnung des Generalkonsuls wurden Steine geschleudert. Der Angriff dauerte eine Viertelstunde. Der Polizeichef und der Staatsanwalt erschienen alsbald zur Feststellung des Thatbestandes. Das Konsulat wird nunmehr polizeilich bewacht.

Kleine politische Nachrichten. Die sozialdemokratische Fraktion hat durch ihren Vorstand dem Reichstage Mittwoch die große Petition gegen den Zolltarif überreichen lassen. — Die polnische Reichstagsfraktion hat am Dienstag Abend zum ersten Male die Interpellation berathen, in der der Reichskanzler gefragt werden soll, wie er sich zur Wreschener Schulgeschichte und deren Folgen stelle. Die Einbringung der Interpellation wird erfolgen, sobald die nöthigen Unterschriften vorhanden sind. — Der allgemeine Schriftstellerverein (Sitz Berlin) beschloß in der Sitzung vom 30. November einstimmig, sich dem Einspruch des Vereins Berliner Presse gegen die unwürdige Behandlung des Redakteurs Genossen Bredenbeck-Dortmund anzuschließen. — Ein Konflikt zwischen Württemberg und Preußen ist wegen des Falles Münch in Sicht. Der ehemalige volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Frhr. v. Münch, dessen erstes Auftreten im Reichstage Stürme von Heiterkeit entfesselte, ist bekanntlich vom Stuttgarter Verwaltungsgerichtshof mit seiner Beschwerde wegen Einweisung in eine staatliche Irrenanstalt abgewiesen worden; Münch ist aber preußischer Unterthan geworden und rekurrirte an den Kaiser wegen seiner Freilassung. Die württembergische Behörde sieht Münch als geisteskrank an und verlangt, er müsse von Preußen übernommen werden; Preußen entgegnet, eine solche Maßregel halte es nicht für nothwendig, da Münch gesund sei. — Das Schwurgericht in Leipzig verurtheilte den Rechtsanwalt Dr. James Breit-Leipzig, der am 16. August den stud. jur. Richard Oettinger aus Stuttgart im Duell erschoß, wegen vor dem Duell begangenen Hausfriedensbruchs zu einer Gefängnißstrafe von drei Wochen und wegen Zweikampfes mit tödtlichem Ausgange zu 3½ Jahren Festung. — In Italien ist eine neue große Korruptions-Affaire an die Oeffentlichkeit gezogen worden. Im Neapeler Landwehrbezirk wurden jahrelang fortgesetzte Bestechungen zwecks Befreiung vom Militärdienst aufgedeckt. 200 Dienstpflichtige werden nebst Feldwebeln, Unteroffizieren und einigen schon im Neapeler Panama bloßgestellten Stadtverordneten und Deputirten unter Anklage gestellt. — Terlinden, der fromme Millionengauner, wird vorläufig nicht ausgeliefert. Wie ein Telegramm an das „B. T." aus Newyork mittheilt, hat der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten in Washington dem Gesuch Terlindens stattgegeben, daß er weiter in Haft gehalten werde, so daß er nicht an Deutschland ausgeliefert werden kann, bis der Gerichtshof die Frage entschieden hat, ob für den vorliegenden Fall der Auslieferungsvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten anwendbar ist. Die Verhandlung wurde bis zum 6. Januar 1902 ausgesetzt. — Der Grenzstreit zwischen Argentinien und Chile ist in ein solches Stadium getreten, daß der Abbruch der diplomatischen Verhandlungen täglich und stündlich erwartet wird. In maßgebenden Kreisen in Argentinien wird der Krieg für unvermeidlich gehalten. Man hält dagegen auf chilenischer Seite die Streitkräfte des Landes, und zwar sowohl die Armee wie die Flotte, in der sich eine ganze Anzahl deutscher Offiziere und Instruktoren befinden, denen Argentiniens qualitativ weit überlegen.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatze wird berichtet, daß Botha sich in Klipstafel bei dem Chrissie-See mit den Mitgliedern der Burenregierung und 1800 Mann befinde. Gefangene Buren sollen gesagt haben, Botha wolle weiterkämpfen, aber seine Leute seien dem Kampfe abgeneigt. — So etwas glaubt man schon seit zwei Jahren in London sehr gern, leider wissen es die Buren immer besser.

Die Schwarzen Südafrikas sind in großer Bewegung. Namentlich die Haltung der Basutos soll besorgnißerregend sein. Kitchener soll nach dem „Daily Expreß" vollständig vorbereitet sein, einen etwaigen Aufstand niederzuschlagen. — Das hätte den Engländern zu allem Unheil noch gefehlt, daß nun auch noch die Schwarzen aufsässig werden!

Wie aus Burenquellen berichtet wird, haben die Buren beschlossen, nunmehr andere Maßregeln gegen die von ihnen gefangenen Engländer zu treffen. Anstatt diese, wie bisher unter dem Versprechen zu entlassen, daß sie die Waffen gegen die

Buren nicht mehr ergreifen, sollen sie nunmehr auf den Armentätowirt, und bei Wiederergreifung erschossen werden.

Mit Bezug auf die Meldung des Oberkommandirenden in Kapstadt vom 28 November, daß Fouche zwei englische Soldaten, die gefangen genommen waren, habe erschießen lassen, ist bei dem Kriegsamt in London nunmehr ein amtliches Telegramm eingegangen, in welchem es heißt, Fouche habe brieflich erklärt, daß zwei Mann der Connaugt Rangers „erschossen", nicht aber „gefangen genommen und erschossen" worden seien. Der Sekretär des Kriegsamtes hat darauf an den Oberkommandirenden in Kapstadt folgendes Telegramm gerichtet: „Unter Bezugnahme auf Ihr Telegramm vom 2. d. M. soll der die Connaught Rangers befehligende Offizier ermahnt werden, größere Sorgfalt bei seinen Meldungen zu beobachten Behauptungen über schlechte Handlungsweise der Buren, welche nicht vollkommen bewiesen sind, sind sehr zu mißbilligen." — Der Rüffel war wohlverdient.

Dem englischen Kriegsminister ist von Manchester aus eine bemerkenswerthe Petition zur Aenderung der Zustände in den Konzentrationslagern zugegangen. Diese Petition ist vom Lordmayor, dem Lordbischof und 4000 Bürgern aller politischen Richtungen unterzeichnet. Sie beantragt eine Reform der Lager, um zu verhindern, daß die Sterblichkeit in ihnen den hohen Grad erreicht, den sie in der jetzigen Beschaffenheit zeigen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 5. Dezember.

Gegen die völlige Versammlungsfreiheit für Frauen wendet sich das Amtsblatt mit der Motivirung, daß eine solche „nur der Sozialdemokratie und ihren Ueberweibern zu Gute kommen" würde. Hiermit hat das Amtsblatt den sozialistischen Frauen und Mädchen, die es geschmackvoll Ueberweiber nennt, ein glänzendes Zeugniß für ihre bisherige propagandistische Thätigkeit ausgestellt. Mögen die „Ueberweiber" nun dafür Sorge tragen, daß die Zahl der bürgerlich gesonnenen „Weiber" immer mehr zu Gunsten der sozialistischen Ueberweiber zusammenschrumpft, dann wird man auch diesen gegenüber das Vereins- und Versammlungsrecht nicht mehr einschränken können.

Die „Partei des Unverstandes" nennt das Amtsblatt die sozialdemokratische Partei. Wenn Letztere nach nationalliberaler Auffassung die Partei des Unverstandes ist, dann muß die nationalliberale Partei, sofern man deren Trümmer überhaupt noch als Partei betrachten kann, nach unserer Auffassung die Partei jener geistig Unzurechnungsfähigen sein, die für ihre Handlungsweise nicht mehr verantwortlich gemacht werden kann. Zum Beweise hierfür berufen wir uns darauf, daß die nationalliberale Partei bereits auf den Hartmann gekommen ist.

Der Zoologische Garten ist von seinem bisherigen Besitzer, Mebius, am Mittwoch verlassen und von dem jetzigen Besitzer, Herrn Bartels, dem auch die Konzession zum Halten wilder Thiere ertheilt worden ist, übernommen worden. — Im Anschluß an unsere gestrige Notiz bezüglich des aller Menschlichkeit Hohn sprechenden Eingesandts im Amtsblatt bemerken wir, daß sich die „Eisenb.-Ztg." sehr über dieses Eingesandt entrüstet und bemerkt: „Wir müssen bemerken, daß eine solche Gefühlsroheit uns bisher in der Presse noch nicht begegnet ist." Das schreibt die „Eisenbahn-Zeitung", dieselbe Zeitung, die sonst nicht genug schimpfen kann über die „Löwen an der Holstenbrücke", und die noch vor wenigen Monaten ein Poem über diese bedauernswerthen Menschen aufnahm, das auch sehr stark an Gefühlsroheit grenzte. Die sittliche Entrüstung der „E.-Z." in dieser Sache ist also vollständig unangebracht.

Schiedsgericht für Arbeiterversicherung. Erfolglose Berufung. Der Lagermeister H. leidet an chronischer Herzschwäche, Rheumatismus an der ganzen rechten Körperhälfte und Lungenerweiterung, die es ihm seit dem 23. Januar d. Js. zur Unmöglichkeit machten, seinen Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen. Dr. Hoffstätter hielt ihn wohl in seiner Leistungsfähigkeit für beeinträchtigt, jedoch sei H. noch in der Lage, ein Drittel des ortsüblichen Tagelohnes verdienen zu können. Auf Grund dieses Gutachtens lehnte die untere Verwaltungsbehörde den Entschädigungsanspruch ab. Hiergegen legte Kläger Berufung ein, die am 30. Oktober zur Verhandlung stand. Beschlossen wurde im damaligen Termin, ein Obergutachten einzuholen. Dr. Riedel erklärte in demselben, daß der Kläger noch leichtere Arbeiten verrichten könne. Diesem Gutachten entsprechend wurde am Mittwoch die Berufung verworfen. — Dasselbe Schicksal widerfuhr der Berufung des Bauarbeiters P., der sich infolge heftiger dauernder Schmerzen in der rechten Seite, die er auf einen am 19. Oktober 1900 erlittenen Unfall zurückführte, für völlig erwerbsunfähig hielt und deshalb Invalidenrente beanspruchte. Verschiedene Untersuchungen führten dahin, daß mehrere Aerzte den Kläger zur Verrichtung von leichteren Arbeiten für fähig hielten. Ein Antrag des Klägers auf Gewährung der Unfallrente wurde in sämmtlichen Instanzen abgelehnt, weil kein Betriebsunfall vorliegen soll. Nachdem auch das nach einem Beschluß des Schiedsgerichts eingeholte Obergutachten sich den Anschauungen der übrigen Aerzte angeschlossen hatte, erkannte das Gericht auf Verwerfung der Berufung. — Zurückgezogene Berufung. Der landwirthschaftliche Arbeiter B. erlitt am 30. März 1901 beim Ausarbeiten eines Grabens eine heftige Erschütterung der linken Hand. Es stellten sich sofort Schmerzen ein, die schließlich zu einer Blutvergiftung führten. Die Sehne des kleinen Fingers starb ab, erst nach längerer Zeit trat eine langsame Heilung ein. Der Verletzte ist nicht in der Lage, die linke Hand schließen zu können. Auf Veranlassung des den Verletzten behandelnden Arztes, Dr. Schwartz in Schwartau, wurde derselbe Dr. Roth zur weiteren Behandlung übergeben. Nach Beendigung der Heilung gewährte die Kommission dem Verletzten für die Zeit vom 30. Juni bis zum 12. Juli eine 50 prozentige Rente und ab 13. Juli die Vollrente. Hiergegen legte Verletzter Berufung ein und beantragte, ihm auch für die Zeit vom 30. Juni bis 13. Juli die Vollrente zu gewähren, da er sich während dieser Zeit in ärztlicher Behandlung befunden habe, die ihm das Arbeiten vollständig zur Unmöglichkeit machte. Der durch Arbeitersekretär Wissell vertretene Verletzte lieferte hierfür den Nachweis. Daraufhin zog der Verletzte, nachdem sich der Vertreter der Kommission zur Zahlung der Vollrente auch für die übrige Zeit bereit erklärt hatte, seine Berufung zurück. — Eine Verständigung wurde in der folgenden Sache erzielt. Der Arbeiter J. aus Cronsforde gerieth am 1. Oktober 1898 in eine Dreschmaschine, wobei er eine schwere Verletzung des linken Beines davontrug. Infolge des Unfalles mußte das linke Bein amputirt werden. Dr. Roth erklärte den Verletzten um 50 Proz. in seiner Erwerbsfähigkeit beschränkt, welchem Vorschlage sich die Kommission anschloß. Hiergegen legte Verletzter Berufung ein und beantragte $66^2/_3$ Proz. Das Schiedsgericht beschloß im ersten Termin Einholung eines Obergutachtens; in diesem wurde eine Rente von 60 Proz. in Vorschlag gebracht. Hiermit erklärten sich im Termin am Mittwoch beide Parteien einverstanden. — In den übrigen 4 Fällen sollen Obergutachten eingeholt werden.

Das Werk- und Zuchthaus zu St. Annen hat im Berichtsjahre 1900 eine Abnahme gegen das vorhergehende Jahr zu verzeichnen gehabt. Während dort am Schlusse des Jahres 1899 insgesammt 230 Männer und 11 Frauen internirt waren, betrug die Zahl 1900 195 Männer und 8 Frauen. Dieser Abgang ist hauptsächlich auf die verminderte Zahl der Korrigenden (111 gegen 143) zurückzuführen. Die Zahl der Zuchthausgefangenen betrug 1899 37 Männer und 7 Frauen, 1900 dagegen 45 Männer und 6 Frauen, hier ist also eine Zunahme von 8 Personen zu verzeichnen. Diese Zunahme ist unstreitig auf die wirthschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen. Im Laufe des Berichtsjahres wurden im Werk- und Zuchthaus untergebracht resp. verpflegt: 61 männliche und 9 weibliche Zuchthausgefangene, 909 Haftgefangene, 215 männliche und 3 weibliche Korrigenden, 1 männlicher und 2 weibliche Siechen, insgesammt also 1200 Personen. Von den 70 Zuchthausgefangenen waren 59 evangelischer und 11 katholischer Religion. Von den sämmtlichen Gefangenen und Korrigenden waren verurtheilt: 2 Männer und 2 Frauen wegen Meineids, 8 Männer wegen Verbrechens oder Vergehens gegen die Sittlichkeit, 1 Mann und 3 Frauen wegen Verbrechen gegen das Leben, 38 Männer und 3 Frauen wegen rückfälligen Diebstahls und Unterschlagung, 10 Männer und 1 Frau wegen Betruges, Urkundenfälschung und Bankerotts, 2 Männer wegen Brandstiftung, **1124** Männer wegen Bettelns, 1 Mann und 5 Frauen wegen Unzucht 2c. Zum 1. Male waren detinirt: 32 Männer und 2 Frauen, zum 2. Male 74 Männer und 3 Frauen und zum 3. Male und häufiger 1080 Männer und 9 Frauen. Die Dauer der Strafen betrug: 1 Jahr und weniger bei 948 Männern und 4 Frauen, bis zu 2 Jahren 203 Männer und 4 Frauen, bis zu drei Jahren 17 resp. 2, bis zu 5 Jahren 8 resp. 1, bis zu zehn Jahren 7 Männer, bis zu 15 Jahren 3 Männer und eine Frau, und lebenslänglich 2 Frauen. Von der Gesammtzahl der Gefangenen 2c. kamen vom Lande 366 Männer und 2 Frauen, aus Städten 820 Männer und 12 Frauen, beim Militär haben 428 Männer gedient. Begnadigt wurden im Laufe des Berichtsjahres 1 Zuchthausgefangener, außerdem wurden 14 Korrigenden in Folge Arbeitsnachweises vorzeitig entlassen. — Wie viel menschliches Elend bergen die obigen Zahlen in sich; wie manches junge Menschenkind muß sein Leben hinter Kerkermauern vertrauern. Und warum? Weil diese Leute sich gegen das Strafgesetzbuch vergangen haben, weil sie Verbrecher oder sogenannte Vagabunden sind. Wer hat die Menschen aber in vielen Fällen erst hierzu gemacht? Unsere herrliche, von Gott gewollte Gesellschaftsordnung, die dem Kinde die liebende Mutter raubt und sie in die Fabriken zwingt, um dort in harter Frohn nur das nothwendigste Brod für sich und die Ihrigen zu verdienen; unsere Gesellschaftsordnung, die infolge ihrer Klasseneintheilung schon im Kinde armer Eltern den Neid und den Haß gegen die Bessergestellten züchtet, und die den armen Handwerksburschen, der, vom Hunger gepeinigt, sich ein Stückchen trockenes Brod bettelt, ins Gefängniß wirft. So offenbaren sich jene Zahlen als eine furchtbare Anklage gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung. Um so mehr ist es unsere Pflicht, unermüdlich für die Beseitigung einer Gesellschaftsordnung, die die Menschen zum Theil direkt zu Verbrechern macht, einzutreten durch rege Propaganda für die Idee des Sozialismus.

Nicht Selbstmord, sondern Unglücksfall soll nach einer uns zugegangenen Mittheilung bei dem Tode der Frau B. in der Schwartauer Allee vorliegen. Nach dieser Mittheilung ist die etwas gedächtnißschwache Frau infolge der herrschenden Dunkelheit und des starken Windes mit aufgespanntem Regenschirm in die Trave geweht (?). Es soll auch gar kein Anlaß vorliegen, der die Frau zum Selbstmord getrieben hätte. — Wir bemerken dem Einsender obiger Mittheilung, daß wir unsere Notiz nicht ohne irgendwelche festen Anhaltspunkte gebracht haben. Uns wurde der Vorfall in der von uns veröffentlichten Form von Augenzeugen mitgetheilt, und diese Darstellung fand sich am nächsten Tage auch durch eine Notiz in einem hiesigen bürgerlichen Blatte bestätigt.

Vom Hafen. In der verflossenen Woche gelangten auf dem Seewege 32 Dampfer und 20 Segler und auf dem Kanalwege 29 Fahrzeuge nach hier. 14 Seeschiffe hatten ganz oder theilweise Holz und 1 Dampfer hatte Steinkohlen geladen. An lebendem Schlachtvieh wurden 107 Rinder, hiervon 12 von Schleswig-Holstein, und 1 Kalb auf dem Seewege eingeführt. — Während der Zeit vom 1. Januar bis Ende November d. Js. betrug die Zahl der seewärts angekommenen Schiffe 2372, hiervon waren 1523 Dampfer und 849 Segler. Den Elbe-Trave-Kanal passirten während dieses Zeitraumes 973 angekommene und 949 abgegangene Schiffe. Der Flußschiffs-Verkehr auf der Untertrave bezifferte sich auf 2007 angekommene und 2069 abgegangene Fahrzeuge.

-o- **Im Zirkus Variete** hat am Sonntag der übliche Wechsel im Programm stattgefunden. Die Kräfte des V. Spielplans haben sich, wie es das Loos des Artisten mit sich bringt, in alle Winde zerstreut, um anderwärts mit ihren Künsten Groß und Klein zu ergötzen. An ihre Stelle sind neue Personen getreten, die es in bunter Reihe sich bestens angelegen sein lassen, die Gunst des Publikums zu erringen. Anna Abs, deren Kommen signalisirt war, ist leider nicht eingetroffen; sie ist auf ihrer Tournee in den nordischen Ländern erkrankt und vorläufig an jedem öffentlichen Auftreten verhindert. Die Direktion hat infolgedessen sich genöthigt gesehen, für die Nummer Ersatz herbeizuschaffen. Die größte „Attraktion" im neuen Spielplan, dem 6 bereits, ist ohne Zweifel das Braatz-Trio, 2 Damen und 1 Herr. Der Name Braatz hat in der gesammten Artistenwelt einen guten Klang, es ist eine durchaus erstklassige Nummer. Das Tanzseil ist dasjenige Instrument, auf dem sie ihre schwierigen Trics mit seltener Eleganz ausführen. Das Publikum weiß den Werth der Leistungen sehr wohl zu würdigen und quittirt durch lebhaften Beifall. Nicht geringerer Aufmerksamkeit hat sich Walli Baleska in ihrem Act „Rückkehr vom Ball" zu erfreuen. Schon die kostbare Ausstattung des Boudoirs, sowie das ganze Drum und Dran zeigen Jedermann offensichtlich, daß wir eine Kraft vor uns haben, die sonst nur in den großen Varietes der Großstädte anzutreffen ist. Die schöne Russin führt ihren Jonglirakt sehr geschickt durch. Ergötzlich und niedlich anzuschauen ist auch William Latour's Miniaturtheater. Die Travestien des Rattenfängers von Hameln, auf „Othello" sowie die der „Cavalleria rusticana", wirken ungemein ansprechend und belustigend. „Mal 'was anderes" bietet die Varieteleitung mit dem „Piedestal Dancer" Percival, der auch als Comedian „Big Boot" auftritt. Als ganz vorzüglicher Kunstradfahrer auf dem Niederrad produzirt sich Mr Alexander, während die Liedersängerin Gräpel und die Soloschauspielerin Mathilde Buchwald zur Vervollständigung des Programms bestens beitragen. Zum Schluß erfreuen noch die beiden Mackwoods mit der akrobatischen Pantomime „Im Maleratelier." Möge der Spielplan die nöthige Beachtung finden!

Nationalsoziale Durchfallskandidaten. In der letzten Versammlung des Nationalsozialen Vereins wurde u. A. mitgetheilt, daß für die nächsten Reichstagswahlen eine Kandidatur Damaschke's in Ploen-Oldenburg und eine Kandidatur Naumann's im Fürstenthum Lübeck geplant sei. — Wir haben geglaubt, daß der schlechte Erfolg, den die Nationalsozialen im Norden überall mit ihren „großen" Versammlungen erzielten, sie endlich dahin belehrt hätte, daß der Weizen des Nationalsozialismus hier niemals zur Blüthe gelangen wird. Die Aufstellung der Kandidaten aber zeigt uns, daß die Nationalsozialen noch nicht alle Hoffnung aufgegeben haben. Nun, wenn die Hoffnung nicht wär', gäb's auch keine Nationalsozialen mehr!

Vom Wagen geschleudert wurde am Mittwoch Nachmittag infolge Scheuwerdens seines Pferdes in der Hüxterthor-Allee der Roßschlachter Harder aus einem Dorfe bei Reinfeld. Der Verunglückte hatte sich bei dem Sturz einen Arm ausgesetzt und mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben. Das Pferd kam ohne Schaden davon, jedoch wurde der Wagen bei einem Anprall total zertrümmert.

Stadt-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Die Vorstellung am Freitag verdient ganz besonderer Erwähnung. Wie bereits angezeigt, gelangt „Das Rheingold", Vorspiel zur Trilogie „Der Ring des Nibelungen", zur Aufführung. Alle Dekorationen, Kostüme und Beleuchtungs-Effekte sind genau den Bayreuther Vorbildern entsprechend neu hergestellt. Die Direktion hofft, daß diese Aufführung wie überhaupt „Der Ring des Nibelungen", der gänzlich neu einstudirt und nach jeder Richtung hin aufs Sorgfältigste vorbereitet ist, das Interesse aller Theaterfreunde in ungewohntem Maße in Anspruch nehmen möge.

Dem Arbeitshause überwiesen wurden im verflossenen Monat 7 Personen, darunter eine weibliche, wegen Bettelns. Die Haftdauer schwankt zwischen 6 und 24 Monaten.

Kleine polizeiliche Nachrichten. Festgenommen wurde ein Schlossergeselle aus Reitzenhagen, der seitens des Kgl. Amtsgerichts in Höchst a. M. wegen Bedrohung steckbrieflich verfolgt wird. — Festgenommen wurden am gestrigen Tage 21 Personen wegen Bettelns und 2 Trunkene.

Oldesloe. Vom Eisenbahnwagen überfahren wurde am Dienstag Abend auf dem Bahnhof Rickling der Bremser Tönsfeldt aus Neumünster. Derselbe kam beim Rangiren eines Güterzuges auf ebener Erde zu Fall und gerieth so unglücklich unter den Wagen, daß ihm ein Bein abgefahren wurde.

Oldesloe. Die Milchagrarier unter sich. Der Verein der Milchproduzenten an der Lübeck-Hamburger Bahn, Bezirk Oldesloe und Umgegend, hielt kürzlich eine Versammlung ab, in welcher nach bürgerlichen Berichten der Gutsbesitzer Stachow-Klinken sich dagegen ausgesprochen haben soll, daß die Bewegung zur Erzielung höherer Milchpreise zu den besten Hoffnungen berechtige. Diese Versammlung tagte, wie ausdrücklich hervorgehoben zu werden verdient, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Die Milchagrarier denken anscheinend auch: Im Dunkeln ist gut munkeln! Für die Bevölkerung Oldesloes und der Umgegend ergiebt sich aber anläßlich dieser Versammlung die zwingende Nothwendigkeit, rechtzeitig auf dem Plane zu erscheinen, um die Vertheuerungsgelüste jener Herren illusorisch zu machen. Sie muß ganz entschieden Protest erheben gegen den geplanten Milchwucher.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete. In der letzten Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins von Wandsbek erklärten 7 Akkordmaurer schriftlich ihren Austritt, während 7 einstimmig ausgeschlossen wurden. Kein einziger Akkordmaurer hatte sich gemüßigt gesehen, in der Versammlung zu erscheinen.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. In Brenkenburge bei Cismar stürzte am Montag ein 19jähriges Dienstmädchen so unglücklich aus der Bodenluke, daß es an den Verletzungen verstarb. — In Dersau bei Ascheberg sind Wohnhaus, Scheune und Stall des Landmannes Schnoor ein Raub der Flammen geworden. Die Bewohner waren bei Verwandten in Schmalensee auf Besuch, als das Feuer zum Ausbruch kam, und den Nachbarsleuten gelang es nur, die verschlossenen Thüren einzustoßen und das Vieh zu retten, während das todte Inventar und große Erntevorräthe dem wüthenden Element zum Opfer fielen. — Ein junger Kaufmann in Plau erhielt von seiner Braut den Verlobungsring wieder zurück. Darauf begab er sich zu ihr und erbat sich seine Photographie, die er mit den Worten zerriß, daß er sich erschießen würde. Sofort kaufte er sich einen Revolver und eilte damit wieder das Haus der Dame. Er traf sie jedoch nicht mehr im Zimmer an, dafür aber ihren Oheim, bei dem sie sich aufhielt. Der Oheim redete auf den Aufgeregten ein und verwies ihm sein unpassendes Benehmen, worauf aber der junge Mann die Waffe auf ihn richtete, um ihn zu erschießen. Nun entstand ein wildes Ringen, das endlich damit endete, daß dem Angreifer der Revolver entrissen wurde. — Auf dem Gute Bellin bei Güstrow stürzte ein Tagelöhner vom Boden des Viehhauses und verstarb bald darauf an Gehirnerschütterung. — Wegen fahrlässiger Tödtung eines fünfjährigen Kindes wurde von der Strafkammer des Landgerichts Kiel der Schlosser Bielenberg aus Neumünster zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Bielenberg hatte einen Weber beeinflußt, zur Behandlung seines an Diphtheritis erkrankten Kindes nicht einen Arzt zur Hülfe zu ziehen, sondern homoopathische Mittel anzuwenden. Das Kind erstickte dann, als der Weber schließlich doch noch Aerzte herbeirief, war es zu spät. Wir haben über diesen Vorfall s. Zt. berichtet. — Aus Flensburg wird gemeldet: Am Sonnabend Abend

ging ein Arbeiter Clausen, angeblich geistesschwach, auf dem Bahnkörper von Gelting aus dem von Kappeln kommenden Zuge entgegen und erlitt derartige Verletzungen, daß er in bewußtlosem Zustande dem Krankenhause in Kappeln zugeführt werden mußte. Wie es heißt, trifft den Lokomotivführer keine Schuld. — Infolge eines Zusammenstoßes mit dem englischen Dampfer „Mercador" sank in der Nähe von Cuxhaven die norwegische Bark „Hafsfruen". Die Mannschaft ist gerettet. — Wie aus Emden unterm 30. November gemeldet wird, sind bei starkem Weststurm vom Lootsenkutter „Ems" in der Emsmündung sechs Lootsen über Bord geschlagen, von denen vier leider ertrunken sind.

Hamburg. Opfer des Meeres. Nach den vom „Bureau Veritas" veröffentlichten statistischen Listen sind in dem stürmischen Monat Oktober d. J., soweit es sich bisher hat ermitteln lassen, 79 Schiffe vollständig verloren gegangen und zwar 58 Segelschiffe mit 23 234 Registertons und 21 Dampfschiffe mit 20 265 Registertons. Darunter befanden sich 6 deutsche mit zusammen 4192 Registertons. Außerdem weist die Statistik noch 484 Schiffe auf, welche durch Havarie usw. Beschädigungen erlitten haben. Darunter befinden sich noch 35 deutsche.

Kiel. Das Oberkriegsgericht der Ostseestation verwarf Mittwoch die Berufung des Oberleutnants z. S. Bolckhuis, der am 12. November zu 3 Tagen Stubenarrest verurtheilt worden war, weil er bei den Herbstmanövern ein Geheimbuch der Marine hatte liegen lassen, wodurch der Verlust desselben entstanden ist. Die Sitzung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Warum? — Wegen Simulation zur Entziehung von der Militärpflicht verurtheilte das Kriegsgericht den Heizer Klevenow zu 3 Monaten Gefängniß. — Die Messerstechereien dauern noch immer fort. Der Polizei ist es noch nicht gelungen, des Thäters habhaft zu werden. Man vermuthet übrigens, daß es sich bei den Thätern um mindestens 2 Personen handelt.

Güstrow. Vor dem Schwurgericht stand der Arbeiter Joh. Schmidt aus Parchim wegen Brandstiftung. Schmidt war von seinem Arbeitgeber, dem Kaufmann Grund in Parchim, der Trunkenheit wegen aus der Arbeit entlassen worden. Nach einigen Tagen, er war wieder angetrunken, begab er sich Abends gegen 9 Uhr nach der Straße „Am Hafen" in Parchim, wo in der Nähe des Wohnhauses seines früheren Dienstherrn Grund dessen Speicher liegt. In den letzteren warf er durch eine offenstehende Luke auf das am Boden liegende Stroh ein brennendes Streichholz und lief dann fort. Das Streichholz entzündete das Stroh, jedoch wurde der sich entwickelnde Rauch bald bemerkt, und das entstandene Feuer schnell gelöscht. Der verursachte Schaden ist mit 120 Mk. erstattet. Schmidt wurde zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurtheilt. — In einem Zivilprozeß des Harmonikaspielers Setzkorn wider den Arbeiter Kasten hatte der Arbeiter Kersten aus Neustrelitz beschworen, daß Kasten den Setzkorn nicht geschlagen habe. Vor dem Schwurgericht giebt Kasten jetzt selbst zu, den S. s. Z. ins Gesicht geschlagen zu haben, Kersten habe das auch gesehen, sagt dieser und noch andere Zeugen. Auch treten Zeugen auf, die erklären, Kersten habe damals gesagt, er wolle den Kasten durchhelfen. Kersten wurde in eine Gesammtstrafe von 3 Jahren 8 Monaten Zuchthaus, sowie zum Ehrverlust auf 5 Jahre verurtheilt. — Am Dienstag wurde der 28jährige Arbeiter Johann Grogel, wegen Mordversuchs und Raubes, begangen am 27. Juli gegen den Vorschnitter Kipf aus Schmachthagen bei Grevesmühlen, zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurtheilt. Unseren Lesern dürfte noch in Erinnerung sein, daß der Angeklagte seinerzeit kurz nach seiner Verhaftung in der Nähe von Kiel durch den Nordostsee-Kanal schwamm und entkam. Bald darauf wurde er jedoch in Itzehoe wieder verhaftet.

Bremen. Ein gefährlicher Kunde ist der Schiffszimmermann J. W. de Witt, ein geborener Holländer, der außer vielen bereits abgesessenen Vorstrafen auch eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren auf seinem Konto hatte, die er in Kiel abbüßen sollte. Mit einem großen Aufwand von Energie und Behendigkeit war es ihm jedoch gelungen, aus dem Gefängniß zu entschlüpfen. Er hatte sich zu dem Zwecke völlig entkleidet, den Körper mit Seife bestrichen, sich so durch die Eisenstäbe seiner Zelle gezwängt und dann die Flucht an Blitzableitern entlang und über Dächer fortgesetzt. Dann ist er nach Bremen gereist und hat hier ein halbes Dutzend Einbrüche verübt, bis er endlich bei dem Verkauf eines gestohlenen Fahrrades hineinfiel. Während der Verhandlung hatten zwei Schutzleute bei dem gefährlichen Menschen Posten gefaßt. de Witt erhielt drei Jahre Zuchthaus.

Geestemünde. Seemannsleiden. Der Fischdampfer „Hanny" brachte Freitag drei Mann von der Besatzung des norwegischen Schooners „Roß", Kapitän Oestvedt, aus Brewig, an, die er auf See gerettet hatte. Am Donnerstag sah die „Hanny" auf 56 Grad Nordbreite nördlich von Hornsriff bei heftigem Nordsturm den Schooner hilflos mit zerrissenen Segeln und schwerer Schlagseite treiben. Er näherte sich trotz des fürchterlichen Seeganges, der gerade an dieser Stelle herrschte, dem in Noth befindlichen Schiffe, um sein Möglichstes zur Rettung der Besatzung zu thun. Das Aussetzen eines Bootes war unmöglich und schon die Annäherung mit großer Gefahr für den Dampfer verbunden. Als der Dampfer in die Nähe des Schooners gekommen war, brach gerade eine schwere Sturzsee über ihn hinweg und warf ihn völlig auf die Seite. Die sieben Mann der Besatzung suchten sich auf die oben treibende Schiffsseite zu retten und sich festzuhalten. Bald darauf entkleidete sich einer der Schiffbrüchigen und sprang in die See, zwei andere folgten ihm mit Kleidung. Auf dem Dampfer machte man nun die erdenklichsten Anstrengungen, um die Schwimmenden zu retten, und es gelang, sie mit Leinen und Rettungsbojen an Bord zu bringen. Liebevolle Aufnahme und sorgsame Pflege brachten die völlig Erschöpften bald wieder zu sich. Inzwischen hatte eine Sturzsee die übrigen vier noch auf dem Schiffsrumpf sitzenden Leute heruntergeschleudert; sie wurden unter den Trümmern im Lee des Wracks treibend noch gesehen. Allein noch bevor der Dampfer sich soweit nähern konnte, daß er seine zur Rettung bereiten Geräthe zur Anwendung bringen konnte, hatten alle vier bereits den Seemannstod in den Wellen gefunden. Der Fall ist ein Beitrag zur Leidensgeschichte des Seemannes und beweist in schöner Weise die Opferfreudigkeit und seemännische Tüchtigkeit unserer braven Fischer. Aber auch an die schlechte Behandlung und Bezahlung erinnert das Unglück.

Briefkasten.

Ein alter Abonnent. 1) Bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres. 2) Nach dem bürgerlichen Gesetzbuch ist die Errichtung eines eigenhändigen Testaments erlaubt. Wegen der damit verbundenen, nicht unwesentlichen formalen Schwierigkeiten, die sehr leicht die Giltigkeit des ganzen Testamentes in Frage stellen können, ist jedoch vorzuziehen, vor einem Notar oder dem Richter das Testament zu errichten. Hinzu kommt auch noch, daß sich besonders in Lübeck, wegen der später entstehenden Kosten, eine Testaments-Errichtung in der von ihnen erfragten Form nicht rentirt.

Lübecker Marktbericht.

Lübeck, 4. Dezember.

Bauernbutter Pfd. 1,10 Mk., Meiereibutter Pfd. 1,[illegible] Mark, Hasen 3,30 Mk., Enten Stück 2,80 Mk., Hühner Stück 1,70 Mk., Küken Stück 1,50 Mk., Tauben Stück —,50 Mk., Gänse Pfund —,68 Mk., Flickgans 2,80 Mk., Schweinskopf Pfd. —,45 Mk., Schinken Pfd. 1,— Mk., Wurst Pfd. 1,20 Mk., Eier 6 Stück 60 Pfg., Kartoffeln 10 Liter 50 Pfg., Karpfen Pfd. 1,— Mk., Karauschen Pfd. 80 Pfg., Hechte Pfd. 60 Pfg., Barsche Pfd. 60 Pfg., Aal Pfd. —,90 Mk.

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 4. Dezember.

Der Schweinehandel verlief nur flau.

Zugeführt wurden 660 Stück, davon vom Norden —, vom Süden — Stück. Preise: Sengschweine — Mk. Versandschweine, schwere 60—62 Mk., leichte 60—62 Mk., Sauen 58 60 Mk. u. Ferkel 57—60 Mk. pr 100 Pfd.

Die Geburt einer Tochter zeigen an
W. Möller u. Frau, geb. Meier.

Für die vielen Aufmerksamkeiten und Geschenke anläßlich unserer Silbernen Hochzeit, insbesondere dem Musiker-Fachverein sagen hiermit herzlichsten Dank.
Aug. Hackmann und Frau, geb. Wohlers.

Ein freundl. möbl. Parterre-Zimmer zu vermiethen Langereihe 11, Burgthor.

Eine kleine Wohnung an einz. Leute zu vermiethen. Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Zum 1. April **1. Etage, 3 Zimmer, Küche, Boden und Keller,** obere Friedenstraße, zu vermiethen. Preis 250 Mk. Off. unter **K P 35** an die Exp. dss. Bl.

Ein Haus von 2 Wohnungen (Holstenthor) zu kaufen gesucht. Herm. Meyer, Fackenburg.

Eine Scheidenschiebkarre zu verkauf. Füchtingstraße 14

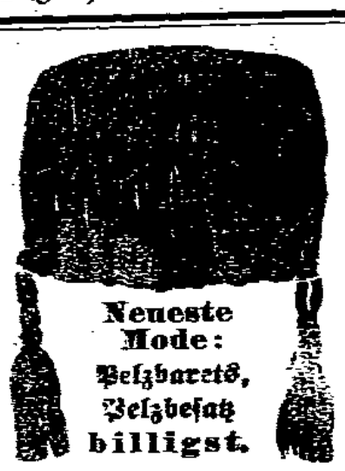
Eine amerikanische Harfen-Zither mit Notenblättern billig zu verkaufen Priesstraße 11, part.

Circa 6 Jahrg. „Wahrer Jacob", 4 Jahrg. „Postillon" und 6 Jahrg. „Neue Welt" für 6 50 Mark zu verkaufen An der Mauer 100.

Miethe-Quittungs-Formulare
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 50.

Lebende Holst. Karpfen und Hechte, sowie prima lebende Kieler Pfahlmuscheln empfiehlt
J. C. H. Boy
Mauer 84. Beckergrube 3.
Fernsprecher 115.

Trotzdem die Marktpreise gestiegen, verkaufe ich meine Waaren noch zu den bisherigen billigen Preisen:
Junges u. festes Rindfleisch Pfd. 40 Pf.
Schweinefleisch Pfd. 65 Pfg.
f. Kalbfleisch Pfd. 35 Pfg.
Fr. gekochte Mettwurst und Leberwurst 60 Pfg.
f. Braunschweiger Wurst und Zähne 50 Pfg.
W. Strohfeldt
Glockengießerstraße 73
Marktstandplatz Nr. 13, 14 und 15.
NB. Sämmtliche Waaren werden in beiden Geschäften geführt.



Pelzwaaren
aller Art in neuester Mode empfiehlt in grossartiger Auswahl
zu wirklich billigen Preisen
die Pelzwaaren-Fabrik **Johs. Tralow**
Lübeck, obere Wahmstraße 11.

Die
Mecklenburgische Verfassung.
Ein Beitrag zur
Geschichte des Junkerthums
von
Joseph Herzfeld
Mitglied des Reichstags.
I. Theil.
Bis zum landesgrundgesetzlichen Erbvergleich.
76 Seiten. Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung v. Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Die echten pommerschen
Halb- und Kroppstiefel
für Herren u. Knaben
aus prima Rindleder
und unter Garantie
reine Eichenlohe-Gerbung zu haben nur
Marlesgrube 38.

Brennholz
Buchen, Birken, Eichen, Tannen, sowie schwedische Kohlenanzünder empfiehlt
Fernsprecher 1289 **Th. Kruse,** Unterstraße 50.

Schweinefl. Pfd. 65, Kotbrande Pfd 70, dicke Flehsen 75, Hammelfl. 55, Kalbfl. 35, Rindfleisch, ger. Zunge, Kaiserl. Kippenspeer, geräuch. Schinken (Landrauch), auch im Ausschnitt, Schmalz 80 Pfg. sowie sämmtliche Wurstsorten äußerst billig empfiehlt
M. Lahrtz, Kettenstraße.

Empfehle meinen
Rasir-, Frisir- u. Haarschneide-Salon.
Rasiren 10 Pfg., Haarschneiden 30 Pfg.
Keine Lehrlings-Bedienung.
G. Boysen, Schwart. Allee 71a.
Ecke Drögestraße.

Die
Abreiß-Kalender
pro 1902
mit dem Bilde von Wilhelm Liebknecht
sind noch vorräthig und zu 50 Pfg. pro Stück zu haben.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Schlacht- und Fisch-Messer
empfiehlt vorzüglichst und billigst.
Diedrich Tesschau
27 Lübeck Breitestrasse 27
Ausbesserung und Schleifen schnell und gut.
Waffen und optische Waaren.

Täglich:
frische Flohmen
per Pfund 70 Pfg.
J. Möller
Kaufhaus der Lebensmittelbranche,
Johannisstraße 13.

Volksunterhaltung
Sonntag den 8. December im Concerthaus Fünfhausen (unten).
Eingang 6 Uhr, Unterhaltungsabend 7½ Uhr.
Eintritt 10 Pfg.
Vortrag nachstimmiger Motetten und Lieder.

Achtung!
Sämmtl. Fahrer des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Lübecks
werden ersucht,
am Freitag Abend um 9 Uhr
sich mit ihren Rädern einzufinden.
Das Fest-Comitee.

Bauarbeiter!
Versammlung
am Freitag den 6. December
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Bericht des Gewerbegerichts-Beisitzers Col. W. Mühling.
3. Innere Vereinsangelegenheiten.
4. Fragekasten und Verschiedenes.
NB. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Die Ortsverwaltung.

Circus Variété
Heute Freitag:
Leutnant v. Schlippenbach.
Auf vielseitigen Wunsch
vorgetragen von Heinr. Kalnberg.
Unübertrefflich
ist das herrliche Dom-Programm
Sterne
der Artistenwelt.
Anfang des Concerts 7½ Uhr.
Eintrittspreise im Vorverkauf
von 40 Pfg bis 1 Mark.
Sonnabend:
Große Specialitäten-Vorstellung.
Zum letzten Mal: Leutnant Schlippenbach.

Stadt-Theater
Freitag den 6. December. Anfang 7½ Uhr.
58. Abon.-Vorst. 68. Vorst. 10. Freitags-Abo.
Mit gänzlich neuer Ausstattung an Decorationen, Kostümen und Requisiten
Das Rheingold.
Bons haben Gültigkeit und zwar mit einem Aufschlag von Mk. 1.— für 1. Rang
" 0.60 " 1. Parquet
" 0.50 " 2. Rang-Loge
Sonnabend den 7. Dezember. Anfang 7 Uhr.
5. Schüler- und Volksvorstellung
bei kleinen Preisen
Kabale und Liebe.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Umgegend" und die mit * bezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling.
Verlag: Theodor Schmerl. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 285. Freitag, den 6. Dezember 1901. 8. Jahrgang

Die Streiks in England.

Nirgends treten die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung so klar zu Tage, als in der Streikbewegung. Hier ruht der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit für keinen Augenblick. Die Entwicklung der Industrie geht in vollem Tempo vor sich, der Profit der Unternehmer wächst, den Arbeiterorganisationen gelingt es erst durch harte Kämpfe, auch für sich einen geringen Theil der von ihnen geschaffenen Werthe abzuringen. Die Streiks — diese regulären Kämpfe zwischen den Kapitalisten und Arbeitern — wechseln ihren Charakter. Während des industriellen Aufschwungs haben sie zum Ziele die Erhöhung des Arbeitslohnes, in der Zeit des industriellen Niedergangs suchen sie die Verringerung des Arbeitslohns zu verhindern. So leicht die Unternehmer sich zu einer Lohnverminderung entschließen, ebenso schwer fällt ihnen der Entschluß, die Löhne zu erhöhen. Die Arbeiterorganisationen müssen vielmehr alle ihre Kräfte anspornen, um in der Zeit des Aufschwungs eine Lohnerhöhung zu erzielen. Haben sie dies erreicht, so tritt ein Stillstand in der Streikbewegung ein. Die Zahl der Streiks vermindert sich, und die Unternehmer machen Zugeständnisse, um nur Streiks zu vermeiden. Somit entspricht dem Maximum des industriellen Aufschwungs das relative Minimum der Streikzahl. Diese Schlußfolgerung wird durch die letzten Angaben über die Streiks in Großbritanien im Jahre 1900 bestätigt.

Das Jahr 1900 überrascht überhaupt durch seinen „friedlichen" Charakter. Die Angaben über die Lohnbewegung der englischen Arbeiter im Jahre 1900 deuten auf dieselbe Erscheinung hin. Der Arbeitslohn ist für 1 112 689 Arbeiter um 209 000 Pfund Sterling erhöht worden. (Im Jahre 1898 um 81 000 Pfund Sterling und im Jahre 1899 um 91 000.) Nur 5 Proz. der gesammten Arbeiterschaft erreichten eine Lohnerhöhung durch Streiks. Sobald an einem Punkt ein Streik behufs Lohnerhöhung entstand, beeilten sich die Unternehmer an anderen Orten, den Arbeitern entgegenzukommen, um Streiks vorzubeugen.

„Die Rechte und Pflichten des Miethers" betitelt sich eine kleine, nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch bearbeitete Broschüre. Dieselbe ist ein kleiner, aber äußerst praktischer Rathgeber bei etwaigen Streitigkeiten zwischen Miether und Vermiether. Wir können das Büchelchen, dessen Preis auf nur 20 Pfg. festgesetzt ist, Jedem angelegentlichst empfehlen. Dasselbe ist in der Buchhandlung von Friedr. Meyer u. Co. erhältlich.

Besonders interessant sind in dieser Beziehung die Angaben über das prozentuale Verhältniß der Zahl der am Streik betheiligt gewesenen Arbeiter zu der Gesammtzahl der Arbeiter der betr. Branche. Die Durchschnittszahl der Streikenden mit Ausnahme der ländlichen Arbeiter, der Matrosen und der Fischer, die in den letzten Jahren fast gar keinen Antheil an der Streikbewegung nahmen, ist überraschend klein: nur 2,5 Proz. der gesammten Arbeiterschaft betheiligten sich an der Streikbewegung. (Für die einzelnen Jahre: 1896 2,1 Proz., 1897 2,8 Proz., 1898 3,0 Proz., 1899 2,2 Proz.) Die größte Zahl der Streikenden haben aufzuweisen: die Kohlenarbeiter und Steinarbeiter mit 9,9 Proz. (im Jahre 1898 21,1 Proz.), die Metallarbeiter und Mechaniker mit 3,7 Proz. (im Jahre 1897 8,8 Proz.), Textilarbeiter 2,9, Bauarbeiter 2,8 Proz.

Zieht man in Betracht, daß in England etwa 20 Proz. aller Arbeiter in Gewerkschaften organisirt sind, so findet man, daß sich nur ein Zehntel der organisirten Arbeiter am aktiven Kampfe gegen das Kapital betheiligt. Aber der Druck dieses verhältnißmäßig geringen Theils in Aktion tretender Arbeiterschaft genügt, um in einem günstigen Moment die Waagschale zu Gunsten der Arbeiter zu neigen, oder wenigstens ihre Neigung zu Gunsten der Kapitalisten zu verhindern.

Die Frage des Arbeitslohns ist in der englischen Streikbewegung vorherrschend. Im Jahre 1896 wurde die Lohnfrage von 64,9 Proz. der Streikenden erhoben, 1897 44,1 Prozent, 1898 97,9 Proz., 1899 68,6 Proz., 1900 61,4 Prozent. Der Kampf um die Verkürzung des Arbeitstages ruhte fast gänzlich in den letzten Jahren: 1898 traten für die Verkürzung des Arbeitstages 0,4 Proz. der Streikenden ein, 1899 2,8 Proz., 1900 0,5 Proz. Aus sämmtlichen Angaben über die Verkürzung des Arbeitstages im Jahre 1900 ist zu entnehmen, daß die Unternehmer in diesem Jahre verhältnißmäßig leicht auf die Forderungen der Verkürzung des Arbeitstages eingingen.

Die größte Zahl der durch vollen oder theilweisen Sieg der Arbeiter beendigten Streiks (1898 39,8; 1899 55,8; 1900 71,77) weist ebenfalls auf den „friedlichen Charakter" der letzten 2 Jahre hin.

Allein nichts dauert ewig auf Erden, besonders aber in der kapitalistischen Gesellschaft. Die Angaben für den Monat August 1901 zeigen, daß der Arbeitslohn bei 101 354 Arbeitern (hauptsächlich bei den Kohlenarbeitern) sich um 2 Shilling 2 Pence per Woche vermindert hat. Die Angaben für den Monat September des gleichen Jahres sind noch untröstlicher, Die Verminderung des Arbeitslohns trifft 172 890 Arbeiter durchschnittlich um 9½ Pence per Woche für jeden Arbeiter. Wenn man die Zeit vom Januar bis zum September d. J. nimmt, so zeigt es sich, daß von 870 624 Arbeitern um 1 Shilling 11 Pence per Woche erhöht, bei 468 554 Arbeitern, über deren Lohnverhältniß statistische Angaben vorhanden sind, der Lohn bei 402 070 Arbeitern um 4 Shilling 3½ Pence per Woche vermindert wurde. Statt einer durchschnittlichen Lohnerhöhung für alle Arbeiter um 3 Shilling 5½ Pence wöchentlich für den Zeitraum Januar-September 1900, erhalten wir diesmal eine durchschnittliche Verminderung des Lohnes für alle Arbeiter um 1 Shilling 5 Pence wöchentlich. Selbstverständlich stieg die Zahl der Streiks für diese Periode im Vergleich zu demselben Zeitraum des vergangenen Jahres. Im Januar-September 1901 fanden 480 Streiks statt, an denen 141 451 Arbeiter theilnahmen, währenddem in demselben Zeitraum im Jahre 1900 449 Streiks mit 139 054 Streikenden stattfanden. Der Verlust an Arbeitstagen war im Jahre 1901 3 266 000, im Jahre 1900 nur 2 366 000.

Hand in Hand mit dem Wachsthum der Reservearmee steigt ihr sozialer Niedersatz — die Zahl der Personen, die eine öffentliche Unterstützung erhalten, ist bedeutend gewachsen. So ist in London die Zahl der Armen, die am 15. November 1900 nur 101 555 betrug, auf 106 059 am 15. November 1901 gestiegen. Das Spiel beginnt von Neuem. Mor.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Ein bemerkenswerthes Zugeständniß. Im Sommer dieses Jahres hat der Verband deutscher Müller seine Generalversammlung in Erfurt abgehalten. Der stenographische Bericht dieser Verhandlungen ist kürzlich erschienen. Obwohl oder vielmehr gerade weil der Grundzug dieser Verhandlungen durchaus hochschutzzöllnerisch war, bieten sie für die Handelsvertragsfreunde manche werthvolle Ausbeute. Wichtig ist z. B. eine Stelle in der Rede des Hauptreferenten, des nationalliberalen Abgeordneten Professor Dr. Paasche. Sie lautet:

„Es ist ein feststehender Erfahrungssatz, daß, wenn schlechtere Zeiten kommen, dem Kinde nicht ein kleineres Stück Brod gegeben wird, um zu sparen, sondern das weniger Butter, weniger Fleisch, Zucker ꝛc. gegeben wird; man spart auch insofern, als der Anzug, der in anderen Zeiten schneller erneuert worden wäre, nun noch eine zeitlang länger halten muß. Daran kann und wird gespart werden, und es läßt sich nicht verkennen, daß infolgedessen gewisse Industrien nothleidend werden können; aber am Brode wird erst zuletzt gespart."

Herr Paasche ist einer der anerkannten Wortführer der „gemäßigten" Agrarier. Er sprach im vorliegenden Fall zu Müllern und suchte sie für Getreide- und Mehlzollerhöhungen zu erwärmen. Darum mußte er ihnen klar machen, daß höhere Getreide- und Mehlpreise den Brodkonsum nicht einschränken würden. Darum setzte er ausführlich auseinander, wie die Annahme durchaus unberechtigt sei, daß „das deutsche Volk gerade am Brod sparen würde, wenn durch den neuen Zolltarif der Doppelzentner Getreide vielleicht um 2,50 Mk. theurer werden würde". Die Müller konnten beruhigt sein. Aber was sagen die Bauern zu der Ankündigung des agrarischen Herrn Paasche, daß bei theuren Brodpreisen weniger Butter und weniger Fleisch konsumirt werden wird? Was die Schneider dazu, daß dann weniger Anzüge bestellt werden? Was die übrigen Handwerksbetriebe und die „gewissen" Industrien dazu, daß sie dann allerdings „nothleidend" werden können? Schließlich dürfen, um ein Wort des Ministers v. Thielen zu variiren, die getreideverkaufenden Elemente im deutschen Volk denn doch nicht glauben, daß sie allein da sind.

Gegen die Feuerbestattungs-Vereine hat der frumbe Herr Studt einen Runderlaß an sämmtliche Regierungs-Präsidenten in Preußen gerichtet: er hat diese Beamten angewiesen, gegen die Eintragung von Vereinen für Feuerbestattung in das Vereins-Register des Amtsgerichts Einspruch erheben zu lassen, weil sie politische Zwecke verfolgen, wie allerdings das Oberverwaltungsgericht anerkannt hat. Um aber seine Einmischung in diese Angelegenheit zu rechtfertigen, muß der Herr Kultusminister anerkennen, daß die Bestrebungen dieser Teufelsvereine auf hygienischem Gebiet liegen. Das ist immerhin ein verstecktes Zugeständniß.

Amerika.

Die Verschwörung der Goldgräber in Klondyke hat den schönen Traum vom ungenießbaren Bunde der englischen Nationen arg erschüttert. Sämmtliche kanadischen Blätter verlangen ein entschiedenes Vorgehen gegen die Regierung der Vereinigten Staaten wegen der offenbaren Begünstigungen, welche die Unionsbehörden den Verschwörern von Klondyke zu Theil werden ließen. Alle Anstifter und Hauptbetheiligten des Komplots befinden sich in Sicherheit in den Vereinigten Staaten, und die von den kanadischen Behörden beschlagnahmten Schriftstücke ließen ganz offen erkennen, daß die Verschwörer im Falle des Gelingens des beabsichtigten Putsches auf Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten rechneten. Diese Schriftstücke wurden daher von den Unionsbeamten sofort herausgefordert, und hätten sich die kanadischen Beamten geweigert, so wären die Amerikaner zu Gewaltmaßnahmen geschritten. Die kanadischen Blätter verlangen, die englisch-kanadische Regierung solle unverzüglich ein Gerichtsverfahren wegen Hochverraths einleiten und die Auslieferung aller beschlagnahmten Schriftstücke, sowie der Rädelsführer verlangen, da diese nur durch die Mithülfe der Unionsbeamten der kanadischen Justiz entzogen seien. Werde diese Forderung verweigert, so solle den Schuldigen durch die nordamerikanischen Gerichte unter Mitwirkung eines kanadischen Staatsanwaltes der Prozeß gemacht werden. Das französisch-kanadische Blatt „La Patrie" bemerkt hierzu: „Leider haben wir nicht die geringste Hoffnung, daß Kanada irgend welche Genugthuung für diesen Streich erhalten wird. Unser mächtiges „Mutterland" hat in Südafrika Wichtigeres zu thun; um dort seine Ausrottungsarbeit gegenüber den armen Buren fortsetzen zu können, würde es den Vereinigten Staaten noch ganz andere Dinge straflos hingehen lassen." Das stimmt! Und zudem würde Großbritannien sich der Gefahr aussetzen, an den von Chamberlain unterstützten Räuberzug des berüchtigten Dr. Jameson erinnert zu werden.

China.

Die Plünderungen der Missionare, welche der nicht geheim gebliebene Geheimbericht des Generals Voyron aufgedeckt hat, erhalten volle Bestätigung. Im „Francais" erzählt Gaston Stiegler: „Die Missionare waren die

---

Leibeigen.

Roman aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft.
Von Wilhelm Braunsdorf.

32. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Das kaukasische Pferd besitzt Geist und Verstand. Es vermag mit den Gebirgsbewohnern gemeinschaftlich zu fühlen. Gleich seinem Herrn liebt es die Freiheit und das Gehen nach eigenem Gutdünken. Sommer und Winter bleibt es im Freien und erträgt die größten Strapazen. Ganz allein erspäht es den Weg und sucht geeignete Pfade nach eigenem Ermessen auf. Es strauchelt nicht und fürchtet keine Gefahr. Selbst des Nachts vermag es sich im dichtesten Urwald zurecht zu finden. Fesseln und Halfterstricke sind überflüssig, denn es geht nicht durch und kommt auf einen bestimmten Pfiff sofort herbei.

Wladimir und Atalin schlugen einen stillen, lautlosen Waldweg ein, der eine Schöpfung von Menschenhand war. Die Bäume waren hier auf eine Breite ausgerodet, daß drei Reiter neben einander Raum fanden.

Neben ihnen führten zwei lebende grüne Mauern zu einem Bergkamme empor. Linden-, Eichen- und Kastanienbäume in riesigen Dimensionen wölbten ihre gewaltigen Kronen über Grundholz und klafterhohem Gestrüpp, mit denen der Waldgrund bedeckt war. Die gleich ungeheuern Schlangen sich um die Riesenstämme windenden Zweige der wilden Weinrebe vereinten sich hoch oben in den Wipfeln der Bäume mit den ewig grünen Gespinsten hundertjährigen Epheus und dieses bildete ein endloses finsteres Labyrinth, in welches kein Sonnenstrahl zu dringen vermochte. Solche Wälder weist in Europa nur der Kaukasus auf. Kein Sturm ist im Stande, diese Wildniß niederzuwerfen, und wo ein Weg in dieses geheimnißvolle Reich führt, da ist derselbe dunkel wie in einem Höllenschlund — nur für die Thiere geeignet, deren Augen im Dunkeln leuchten.

Auf der ersten Höhe angekommen, schob sich den Reisenden eine kolossale, zerklüftete Felsmasse zwischen dem dichten Gezweige in den Weg. In verwegenem Sprung setzten die Pferde über gähnende Spalten und Risse, bis das Hinderniß überwunden war.

Inzwischen war der Abend herangenaht. Zwar leuchtete hier oben noch heller Sonnenschein, aber im Thale herrschte bereits Dämmerung. Am jenseitigen Bergabhange bewegten sich weiße und schwarze Punkte langsam hin und her — die Gestalten weidender Schafe und Ziegen.

Ein Blick nach rückwärts zeigte Wladimir die Stadt und Festung Mosdok in abendliche Dunst- und Nebelschleier gehüllt, gleich einem winzigen Spielzeug tief unten im Thal liegen. Immer dichter wogten die Nebelmassen darüber hin und entzogen das Bild bald seinem Auge. Und dahinter am Horizont keine Bergkuppe, kein Felsenhaupt, nur noch das ungeheure Flachland, welches in die südrussische Sandsteppe übergeht.

„Hier müssen wir zu Thale steigen, denn das Uebernachten hier oben könnte uns die Wölfe auf den Hals bringen," rieth Atalin. „Da drüben weiden Heerden. Wir können also sicher sein, in diesem Thale menschliche Wohnungen anzutreffen.

Es war ein tiefer Thalkessel, zu welchem sie langsam hinabstiegen. Das war keine leichte Aufgabe, denn der Weg schien absichtlich ungangbar gemacht worden zu sein. Ersichtlich herbeigewälzte Felsblöcke und mächtige Baumstämme lagen über und untereinander, und nur die tscherkessischen Pferde vermochten über diese künstlichen Hindernisse hinweg zu setzen.

„Das gilt Euch Russen!" erklärte der Lase.

Es war schon spät, als sie das Thal erreichten. Zwischen den Bäumen hindurch schimmerten ihnen Lichter und Feuer entgegen.

„Ein Tscherkessen-Aul, Herr, wo wir gut übernachten können," sagte Atalin. „Nun spiele Deine Rolle gut — hier hast Du die erste Gelegenheit."

Bald war auf ebenerem Boden die ziemlich große Ansiedelung erreicht, die ringsum von waldbedeckten Berghängen umschlossen in Verborgenheit lag.

Vor einer stattlichen, durch ihre Größe und Bauart einen reichen Eingeborenen als Besitzer verrathenden Hütte brannte ein mächtiges Feuer und in seinem Scheine bewegten sich eine Anzahl Männer und Frauen. Dabei tönte Gesang und Lärm den Reisenden entgegen.

„Hei, da kommen wir gerade recht", rief Atalin.

„Was ist das für ein Tanz?" fragte Wladimir erstaunt, als sie auf die Waldlichtung kamen.

„Man tanzt die Lesghinka, Herr. Das ist ein schöner Tanz. Bin selber ein leidenschaftlicher Tänzer gewesen."

„Bei der untergeordneten Stellung der kaukasischen Frauen wundert es mich doch, tanzende Paare anzutreffen."

„Frauendienst und Galanterie sind freilich im Kaukasus nicht heimisch, und das ist ein Glück", erläuterte der Lase. „Wir können es nicht verstehen, daß es bei euch Millionen von Männern giebt, welche die Frauen nur als Schmuck des Hauses betrachten und ihr ganzes Leben den eitlen Launen und Herrschgelüsten des weiblichen Geschlechts opfern. Es mag freilich auch Ausnahmen geben.

Ihr Kulturmenschen werft uns vor, wir verachten unsere Frauen, welche nicht viel besser wie Sklavinnen gehalten und behandelt würden. Das trifft in dieser strengen Auffassung durchaus nicht zu. Wir stellen die Frau dem Manne gleich, aber nicht höher, und das ist das einzige Mittel gegen die Uebel, welche aus einem übertriebenen Frauendienst erwachsen. Daß wir durchaus nicht die Weiberverächter sind, als die uns eure Gelehrten schildern, davon wirst Du Dich überzeugen können."

Einen Augenblick schwieg Gesang und Tanz und Becherklang, als die Reisenden vor der Hütte hielten.

„Zwei Brüder suchen gastliche Aufnahme für die

ersten Plünderer und die ersten Führer der plündernden Soldaten. Sie kannten infolge des langen Aufenthalts in Peking die Häuser der Bänker, wo Goldbarren zu finden waren. Kaum war die Belagerung aufgehoben, als sie unsere Soldaten zu führen begannen . . . So bereicherten sich unsere Leute im ersten Augenblicke. Sie schifften sich aber mit ihrer Beute nicht ein. Sie zogen vor, sie an Ort und Stelle zu verkaufen und einen heimlichen Scheck mitzunehmen. Manchmal gelangte man auf unvermuthete Weise zu Entdeckungen. Auf einem Schiff, das Soldaten heimbeförderte, starb ein Matrose. Dem Brauche gemäß nahm der Kapitän ein Verzeichniß aller Habseligkeiten und Papiere des Verstorbenen auf. Da fand er bei ihm einen in Frankreich zahlbaren Scheck auf 60 000 Francs, unterzeichnet mit einem Namen, den General Voyron in seinem Bericht anführt. Man war allgemein der Meinung, daß der Seemann diese 60 000 Francs nicht von seiner Löhnung erspart hatte." Stiegler fügt noch hinzu, daß die Plünderer Soldaten waren, die aus Indo-China kamen und sich dort „Feldzugsgewohnheiten" angeeignet hatten. Als die Truppen aus Frankreich eintrafen, habe das Plündern aufgehört, denn diese hatten festländische Manneszucht mitgebracht. Und mit den indochinesischen „Feldzugsgewohnheiten" harmonirten die Missionare sofort. Welche Zierden des Christenthums!

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Der Streik in der Fahrradfabrik von Gebr. Giese u. Co. in Offenbach a. M. wurde am Sonntag durch gütliche Auseinandersetzung beigelegt. Die Firma willigt in eine Lohnreduktion von 10 Proz. anstatt 25 Proz. und verspricht bei Besserung der Geschäftslage die bisherigen Löhne wieder zu bezahlen. Einige Arbeiter, die nicht sofort wieder eingestellt werden konnten, sollen in erster Linie Berücksichtigung bei Neueinstellungen finden. — In „Stockholms Portefeuillefabrik" haben sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit eingestellt, da der 1899 bei der Lohnbewegung der Buchbinder bewilligte Tarif nicht mehr innegehalten wird.

Reichstagskandidaturen. Eine Parteiversammlung für den 10. sächsischen Reichstagswahlkreis, die am Sonntag in Hartha tagte, stellte zur bevorstehenden Ersatzwahl den bisherigen Kandidaten Karl Grünberg aus Hartha wieder auf. Für den 21. sächsischen Reichstagswahlkreis tagte am Sonntag eine Versammlung des Kreiswahlvereins, die sich gleichfalls mit der Kandidatenfrage beschäftigte. Nach längerer Debatte wurde Grenz-Leipzig als Kandidat aufgestellt, der auch bei der letzten Wahl schon kandidirte. Die Vertrauensmänner des 9. badischen Reichstagswahlkreises erwählten in einer Konferenz am Sonntag den Landtags-Abgeordneten Emil Eichhorn aus Mannheim als zukünftigen Kandidaten des Kreises. Der bisherige Abgeordnete des Kreises, Gen. Agster, wird krankheitshalber nicht mehr kandidiren.

Der erste Kongreß der Fleischergesellen Deutschlands findet Ostern 1902 in Berlin statt. Durch die Einberufung desselben soll den organisirten Fleischergesellen aller Richtungen Gelegenheit gegeben werden, sich über die Lage der Fleischergesellen an den einzelnen Orten, über die Abhilfe von Mißständen im Gewerbe und über die Organisations- resp. Verschmelzungsfrage zu verständigen. Im Anschluß an den Kongreß findet dann der erste Verbandstag des Zentral-Verbandes der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands und zwar gleichfalls in Berlin statt. Derselbe wird sich natürlich den Kongreßbeschlüssen anpassen und die bessere Ausgestaltung der Organisation berathen.

Die Ursache der Prostitution und ihre Beseitigung fanden dieser Tage eine eingehendere Besprechung im Berliner Zweigverein der internationalen Föderation, eine Vereinigung zur Hebung der Sittlichkeit, der die bekanntesten Führerinnen der fortschrittlichen Frauenvereine angehören. Professor Dr. Blaschko sprach über das Thema: „Ist die Prostitution ein nothwendiges Uebel?" Der Vortragende behandelte das Geschlechtsleben des Menschen zunächst vom ärztlichen Standpunkte, um dann die drei Formen des Verkehrs: die Ehe als staatlich und kirchlich legalisirte, die außerehelich freie und die Prostitution einer Betrachtung zu unterziehen. Eine weitverbreitete Erscheinung im Volksleben sei der freie Verkehr der Geschlechter, wo die sozialen Verhältnisse einen frühen Eheschluß nicht gestatten. Der Geschlechtstrieb sei bei den einzelnen Menschen stärker oder schwächer ausgebildet und beeinflusse seine Willensthätigkeit, so daß nur ganz energischen Charakteren eine Enthaltsamkeit bis Mitte der zwanziger Jahre oder bis zum dreißigsten Jahre möglich sei. Dieser Trieb, die Sehnsucht nach dem anderen Geschlecht, sei in seinen Wirkungen dem Hunger gleich zu erachten, er verlange Befriedigung. Eine Unterdrückung des Triebes sei auf die Dauer nicht möglich ohne Rückwirkung auf den Gesundheitszustand; er äußere sich, wie bei den alten Jungfern, in Verbitterung, Launenhaftigkeit und frühzeitigem Hinwelken, während Bleichsucht, Hysterie und Geisteskrankheit nicht als direkte Folgen der Unterdrückung bezeichnet werden können. Da den Männern die sozialen Verhältnisse erst in einem reiferen Alter die Verheirathung gestatten und die Mädchen, der etwaigen Folgen wegen, enthaltsamer im Geschlechtsverkehr sind, sei die Zahl der Männer, welche Geschlechtsverkehr suchen, größer als die Zahl der Mädchen, die sich dazu hergeben wollen. Diese Differenz gleiche die Prostitution aus. In Berlin gebe es zum Beispiel 465 000 unverheirathete Männer im Alter von 18—50 Jahren, gegenüber 480 000 Verheiratheten. Ein Fehler der Sittlichkeitsbestrebungsvereine sei es, sittliche Moral mit der Moral selbst zu verwechseln und schon den Verkehr mit Prostituirten als unsittlich anzusehen. Nicht wenig große Männer haben Verkehr mit Prostituirten unterhalten, wie allgemein diejenigen, welche den Trieb nicht unterdrückten, sehr gute Familienväter werden. Die Unterdrückung des Triebes erfordere Energie und Hartherzigkeit. Die Prostitution sei mithin ein nothwendiges Uebel und man könne nur die Frage aufwerfen: was dagegen zu thun sei? Eine Verminderung des Angebotes sei ein unwesentliches Moment. Das Bedürfniß sei vorhanden und müsse gedeckt werden und wenn es keine Prostituirte geben würde, müßte es in anderer Weise gedeckt werden. Es mag etwas lobenswerthes sein, eine Prostituirte retten zu wollen. Für diese trete aber doch sofort eine „andere ein". Selbst die Erhöhung der weiblichen Löhne würde nichts daran ändern. Die Folge würde allenfalls sein, daß auch der Lohn der Prostituirten steigt. Eine Abhilfe könnte nur durch eine frühere Verheirathung ermöglicht werden. Ob ein derartiger sozialer Umschwung in naher Zukunft möglich ist, bezweifle er. In Persien sei die Prostitution unbekannt, weil man dort schon mit 14 und 15 Jahren heirathe, in Amerika und England sei sie durch frühe Heirathen gleichfalls eingeschränkt, in England entziehe man auch den jungen Mann nach Möglichkeit dem Verkehr mit jungen Mädchen, indem man ihn außerhalb der Stadt wohnen lasse. In Deutschland habe der Sport, insbesondere das Radeln, schon viel zur Abnahme der Prostitution beigetragen, weil der Geschlechtstrieb durch sportliche Veranstaltungen abgelenkt werde. Auch der Kampf gegen den Alkohol, durch welchen der Geschlechtstrieb gereizt wird, trage dazu bei. Immerhin aber sei die Prostitution eingetheilt in den ganzen Bau des menschlichen Lebens, ein unentbehrlicher Stein des Gesellschaftsträgers und nur wenn man Freiheit, Wohlstand, Gesittung und Bildung allen gleich zugänglich machen kann, werde man die Prostitution vermeiden können. In der Diskussion vertrat Frl. Dr. Anita Augspurg die Ansicht, daß die Prostitution kein nothwendiges Uebel sei; wenn die Frau gesetzlich frei wäre, wie die Männer, persönlich und sozial unabhängig, dann würde sie sich nicht diesen Bestechungsversuchen der Männer hingeben und wenn der Mann später sittlicher und gebildeter sei, werde er auch zu stolz sein, seine Befriedigung gegen Entgelt zu suchen. Frau Dr. Hacker empfahl zur Verminderung der Prostitution den Kampf gegen den Alkoholismus, Verbreitung des Sports, Einrichtung von Lesehallen und Lehrkursen und schloß sich im Uebrigen der Ansicht des Frl. Dr. Augspurg an, daß eine gesetzliche und soziale Freiheit der Frau die Prostitution verschwinden machen müßte. Die Föderation beschloß eine Petition an den Magistrat, in allen städtischen Krankenhäusern Abtheilungen für Prostituirte zu deren Heilung zu schaffen, daneben auch Ambulanzen einzurichten zur Untersuchung geheilter Prostituirter auf etwaige Rückfälle. Gefordert wird ferner die Aufnahme kranker Prostituirter event. die Verabfolgung von Arzeneien auch ohne Arzneischein. Der Petition ist eine längere Begründung beigegeben, worin insbesondere auf das ablehnende Verhalten der Krankenkassen den Prostituirten gegenüber hingewiesen wird.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Vor dem Kriegsgericht der 11. Division in Breslau stand Montag der Rittmeister und Kompagniechef der dritten Kompagnie des Schlesischen Trainbataillons Nr. 6 zu Breslau Kuno Presler. Wegen Beleidigung von Untergebenen und Borgens von Geld bei Untergebenen wurde Rittmeister Presler zu 30 Tagen Stubenarrest verurtheilt. Die Oeffentlichkeit war ausgeschlossen. — Berliner Blättern zufolge wurde Montag in Schöneberg der Direktor der dortigen Spar- und Diskontobank C. Gollin verhaftet. Die von ihm begangenen Veruntreuungen sollen nach den bisherigen Feststellungen 170 000 Mark betragen. — Auf dem Rittergut Iden (Altmark) sind infolge Einathmung giftiger Gase sechs Arbeiter vergiftet. Vier wurden todt aufgefunden, die andern zwei sind lebensgefährlich erkrankt. — Anfang der 90er Jahre wurde in Elberfeld ein Bäckergeselle Namens Oberstraß wegen Ermordung seiner Geliebten zum Tode verurtheilt, später aber vom König zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigt. Aus dem Zuchthaus in Münster, wo er die Strafe verbüßt, ist O. Sonntag entsprungen. — Eine Explosion entstand, wie die „Frkf. Ztg." aus Mannheim meldet, in dem Zimmer der Unterprima des dortigen Gymnasiums während einer von Professor Zettler gegebenen Unterrichtsstunde. Der Professor und drei Gymnasiasten erlitten durch Glassplitter erhebliche Verletzungen. Ersterer sank blutüberströmt und bewußtlos zu Boden. — Sonntag Vormittag während der Kirchzeit brachen Unbekannte in das Postbureau des Dorfes Neuruz (Kanton Freiburg) ein und plünderten die Postkasse. Die Tochter des Posthalters, welche die Einbrecher offenbar bei ihrer Arbeit überraschte, wurde ermordet im Postlokale aufgefunden. Die Spur der Verbrecher ist noch nicht gefunden.

Darf der Arzt einen Selbstmord verschweigen? Zur Frage des ärztlichen Berufsgeheimnisses wird in der „Allgem. Med. Zentral-Ztg." eine grundsätzlich bedeutsame Entscheidung mitgetheilt: Gegen einen Arzt wurde durch den Staatsanwalt die Anklage wegen öffentlicher Urkundenfälschung erhoben, welche dadurch begangen worden sei, daß der Arzt den Umstand, daß ein Patient an Arsenikvergiftung infolge eines Selbstmordversuches starb, wissentlich verschwieg und so Anlaß dazu gab, daß im Todtenschein, einer amtlichen Urkunde, eine fälschliche Thatsache aufgenommen wurde. Der angeklagte Arzt führte in seiner Vertheidigung folgende Momente an: Niemand ist verhalten, einen Selbstmord anzuzeigen; der Arzt hingegen wird durch den § 228 Strafgesetzbuchs, betreffend das Entdecken von Geheimnissen, die in Ausübung seines Berufes zu seiner Kenntniß gelangten, direkt hiervon abgehalten. Ueberdies handelt es sich gar nicht um die Anzeige einer strafbaren Handlung, da der Selbstmord keine solche ist. Die Rechtspflege darf sich in diese Fälle keineswegs einmischen und das Vertrauen des Patienten zu nichte machen, welcher gegen die Folgen des Selbstmordversuches die Hülfe des Arztes aufsucht, da sonst dieses Hülfesuchen verhindert wird. Der Todtenschein ist blos insofern eine gesetzliche Urkunde, als er das Ableben bezeugt; die ärztliche Diagnose ist nicht in allen Fällen eine so sichere, daß sie einen unumstößlichen urkundlichen Charakter erhalten könnte. Eine praktische Schwierigkeit besteht auch in der Feststellung der zeitlichen Grenze, wann ein Todesfall als gewaltsam zu bezeichnen ist. So kann der Tod als direkte Folge des Selbstmordversuches durch Phosphor oder Laugenessenz nach einer Stunde, aber noch immer als direkte Folge auch nach ein bis zwei Jahren eintreten. Der Gerichtshof stellte das weitere Verfahren ein mit der Motivirung, daß die Verschwiegenheit keinen sträflichen Thatbestand bilden könne, um so mehr, als nicht erwiesen ist, daß in dem betreffenden Todesfalle als nächste Ursache nicht, wie der Todtenschein aussagt, Herzlähmung, bezw. akute Gastroentaritis die Todesursache abgegeben habe.

Ein Kistenreisender. Bei der Löschung der Fracht des Dampfer „Palatia" in New-York wurde ein Mann in einer Kiste eingenagelt gefunden. Er war in Folge von Hunger und Durst bewußtlos. Er hatte, wie man der „Frankf. Ztg." kabelt, fünfzehn Tage in der Kiste zugebracht. Der Mann heißt Johann Beck und ist aus Budapest.

Heiteres. Zugegeben. Junger Ehemann (schwärmerisch): „Es geht doch nichts über die Liebe! . . . Die Liebe würzt uns erst das Leben!" — Aelterer Ehemann: „Stimmt — mir hat sie's gründlich versalzen!"

Nacht", sprach Atalin die vor dem Hause lagernden Männer an.

„Du weißt es, Bruder, daß die Gastfreundschaft unserem Volke heilig ist", tönte eine tiefe, klangvolle Stimme zurück. Wenige Minuten später saßen beide bei Speise und Trank inmitten der Tscherkessen und ließen es sich trefflich schmecken. Besonders Wladimir verspürte einen kräftigen Hunger und that sich keinen Zwang an. Auch im Trinken überließ er Niemandem den Vorrang und wenn man ihm mit den Worten zutrank: Allah verdi! blieb er den Gegentrunk: Jachzi jol!, wie ihm Atalin heimlich zugeflüstert, niemals schuldig. Atalin konnte mit seinem Schüler zufrieden sein.

Währenddem tanzten die jungen Mädchen und Burschen die Lesghinka mit leidenschaftlichem Feuer.

Wie der Fadango und die Tarantella, stellt dieser kaukasische Tanz das Suchen und Fliehen der Geschlechter dar, und die Liebeslieder, die hierzu gesungen werden, zeichnen sich in überraschender Weise durch Zartheit der Empfindung und Schönheit des Ausdrucks aus. Und zu dem lauten Becherklang der Zehraden drang es in weichen Tonwellen in die stille, zauberische Frühlingsnacht hinaus:

Nachts lege ich mich schlafen
Auf goldgesticktem Bette,
Nachdem ich mein Gebet gesprochen,
Die schwarzen Augen mach' ich zu.
Ich hoffe Dich im Traum zu sehen.
Ich wache auf
Und finde meine Zöpfe
Zwischen den Zähnen.
Wenn es soll so weiter gehen,
Magst Du mich lieber tödten.
Ich würde den Grabstein umarmend
Ruhig und fest schlafen.
Und wenn ich wüßte,
Daß Du mich nicht liebest,
So würde ich die Erde,
Die feuchte, lieben. — — —

Die Mitternachtsstunde war bereits vorüber, als der gastliche Hausherr durch Erheben von seinem Platz das Zeichen zur Beendigung des festlichen Trinkgelages gab und Wladimir und Atalin zu ihrem Nachtlager geleitete.

Bequeme Lagerstätten von Thierfellen harrten der Reisenden und sowie sie sich hinstreckten, verfielen sie sofort in einen festen, sorglosen Schlaf.

Einundzwanzigstes Kapitel.

Noch war die Morgendämmerung nicht angebrochen, als Wladimir erwachte und den Schlummer nicht wiederfand. Sein Kollege schlief noch wie ein Bär.

Draußen herrschte eine Todtenstille, die aber plötzlich durch einen geheimnißvollen, gespenstigen Ton unterbrochen wurde, der aus der Tiefe der Erde zu dringen schien — ein langsames, gezogenes, grusiartiges Aechzen.

Wladimir fuhr erschrocken von seinem Lager auf und griff zu den neben ihm liegenden Waffen.

„Wer ist da?"

Keine Antwort.

Wladimir horchte mit verhaltenem Athem.

Nach einer Weile ertönte die Geisterstimme von Neuem, immer endend mit einem gedehnten, melancholischen „chva!"

Wladimir rüttelte seinen Gefährten aus dem Schlaf. Doch das war keine leichte Aufgabe, und während er noch mit den keineswegs sanften Versuchen, den Todtenschläfer Morpheus Armen zu entreißen, beschäftigt war, widerhallte es ringsum von den gespenstigen, geheimnißvollen und schreckenerregenden Tönen.

Ein kräftiger Rippenstoß brachte Atalin endlich doch auf die Beine.

„Horch, was ist das?"

„Das gilt Dir, Herr! Wir müssen sofort aufbrechen. Es ist die Stimme des Chva-Frosches".

Wladimir machte kein geistreiches Gesicht, aber Atalin beeilte sich, seinen dunklen Andeutungen nähere Erklärungen beizufügen, während er hastig zu den Waffen griff und den Russen eindringlich zum Aufbruch mahnte.

„Ich selbst fürchte die heranziehende Gefahr ebensowenig wie jeder andere Kaukasier, wenn der Chva-Frosch seine Stimme erhebt. Aber ich fürchte für Dich, weil Du ein Fremder in diesem Lande bist. Der Chva-Frosch taucht zu gleicher Zeit mit dem grimmigsten Feinde der den Kaukasus betretenden Fremden, dem kaukasischen Fieber, aus der Erde auf. Diese entsetzliche Seuche hat in den bisherigen Kriegszügen schon mehr Russen weggerafft, als die Kugeln der Tscherkessen und Abchasen!"

In wenigen Minuten waren beide zur Weiterreise fertig. Sie konnten ohne Abschied zu nehmen ihres Weges ziehen. Draußen begann bereits der Morgen zu grauen. „Jetzt trink einen tüchtigen Schluck Kaki, Herr", rief der Lase. „Du wirst damit dem Fieber vorbeugen. Unterwegs werden wir eine Pflanze antreffen, deren Blätter Du genießen sollst."

Ihr Weg führte sie eine weite Strecke an dem Bach entlang, welcher in anmuthigen Schlangenwindungen das romantische Bergthal durchfloß. Dann ging es wieder bergauf durch Dickicht und Felsentrümmer.

Immer kühner, gewaltiger thürmten sich vor den Reisenden die Vorgebirge des gigantischen Gebirgswalles auf. Im Laufe des Nachmittags gelangten sie an eine Stelle, wo der Felsengang, den sie seit einer Stunde durchritten, einen breiten Kessel zu bilden begann, dessen Tiefe von einer weit vorspringenden Felsenmasse aus dunklem Trachyt abgeschlossen war.

(Fortsetzung folgt).

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. — Verleger: Theodor Schwartz. — Druck von Friedr. Meyer & Co. — Sämmtliche in Lübeck.